

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“
erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für
Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf.
Beihabonement 4 Mark. Einzelne Nr. 5 Pf. Sonntags-Kummer mit Illustr. Beilage 10 Pf.
(Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1885 unter Nr. 746.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 3 gespaltene Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pf.
Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 1 Ubr
Raummittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Korrespondenten
Bureau, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion und Expedition Berlin SW., Zimmerstraße 44.

Abonnements-Einladung.

Für den Monat März eröffnen wir ein neues Abonnement auf das

„Berliner Volksblatt“

mit der Gratis-Beilage

„Illustriertes Sonntagsblatt“.

Frei ins Haus kostet dasselbe 1 Mark 35 Pf. pro Monat, 10 Pf. pro Woche. Bestellungen werden von sämtlichen Postämtern, sowie in der Expedition, Zimmerstr. 44, angenommen.

Für Außerhalb nehmen alle Postanstalten Abonnements für den Monat März gegen Zahlung von 1 Mark 35 Pf. entgegen.

Den neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienenen Theil des fesselnden und interessanten Romans

„Gesucht und gefunden“

in der bisher erschienenen Nummern des „Illustriertes Sonntagsblatt.“

— soweit der Vorrath reicht — gegen Voreinsendung der Abonnements-Quittung gratis und franco verabfolgt.

Das „Berliner Volksblatt“ feiert am 1. April seinen ersten Geburtstagsfest und blickt dann auf ein Jahr seines Bestehens und seiner Thätigkeit zurück. Die Berliner Arbeiterschaft hat dem Blatt, welches allein die Interessen derselben vertritt, entgegen seine Sympathien zugewandt, trotzdem aber ist es unbedingt notwendig, daß wir es an Anstrengungen nicht fehlen lassen, immer größere und weitere Kreise der arbeitenden Bevölkerung zu uns heranzuziehen. Aber wir erwarten auch von unseren bisherigen Lesern und Freunden, daß sie uns in weiteren Bestrebungen thätig unterstützen. Wir werden auf dem einmal eingeschlagenen Wege unentwegt weiter fortzuschreiten und stets für die Wahrung der Interessen der Arbeiter eintreten.

Die Redaktion und Expedition des „Berliner Volksblatt“.

Der Mahdi kommt!

Unter dieser Ueberschrift bringt die „Germania“, eine sonst doch ziemlich ernsthaftige Zeitung, einen Artikel, den wir schon kurz in unserer „Politischen Uebersicht“ berührt haben und der an jene Zeiten erinnert, wo man die Kinder mit den Türken gruselig machte. Man glaubt in der That, wenn man den Artikel liest, daß die Türken vor Wien ständen und irgend ein Blatt die Gläubigen zum Schutze des Christenthums herbeirufe.

„Die Mahdigefahr beginnt eine Welt-gefahr zu werden,“ so jammert das clerikale Blatt.

Feuilleton.

Gesucht und gefunden.

Roman von Dr. Dux.

(Fortsetzung.)

„Sagen Sie das nicht!“ rief der Graf; „nein, nein, ich muß Sie wiedersehen; es würde eine Lücke in meinem Dasein sein, wenn ich die Hoffnung aufgeben müßte, Sie wiederzusehen, wenn ich Sie nicht mehr zu dem kleinen Saale der Freunde zählen dürfte, die ich um mich zu sehen wünsche.“

„Das Schicksal will es nicht, Herr Graf!“

Der Graf stieß einen tiefen Seufzer aus.

„D, Agathe, meine Tochter, warum hast Du mir das gethan!“

Herrlich drückte er dem Baronet die Hand und geleitete ihn bis zur Thür.

Hier umarmte er ihn noch einmal.

„Lassen Sie mich hoffen, daß es nicht für immer ist!“

„Es ist für immer!“ wiederholte D'Brian, und eilte, da ihm dieser Abschied Dual verursachte, eiligen Schrittes davon.

Eine Stunde später, da standen die beiden prächtigen Pferde der Gäste im Hofe, ungeduldig mit dem Hufe den Schnee scharrend, als ob sie sich auf den Ritt in's Unbekannte hinaus freuten. Habicht geleitete die Gäste zur Thür hinaus.

Graf Fergus McDonuil hatte seine schwachen Kräfte zusammengezogen. Er hatte seinen Sessel auf den Balkon bringen lassen, um noch einmal die lieben Freunde zu sehen, die sie für immer schieden.

Fritz hatte ihm aus verschiedenen Gründen dies wider-rathen; einmal, weil er fürchtete, daß er seine Kräfte all-zufrüh erschöpfen würde, dann aber auch, weil er die Auf-fahrt, die voraussichtlich damit verbunden war, für gefährlich hielt. Da aber der Graf auf seinem Vorhaben bestand, so geleitete Fritz selbst ihn auf den Balkon

Zwar hat England die Situation durch seine Zauder-politik mit verschuldet, es hätte kräftiger und schneller mit dem Schwerte dreinschlagen müssen, aber da nun die Gefahr vorhanden ist, müssen alle Völker der Christenheit herbeieilen, diese Gefahr für das Christenthum abzuwenden.

„Man kann nur den lebhaften Wunsch hegen, daß es gelingen möge, den Feind nicht bloß des englischen, sondern eben so sehr des christlichen Namens zu vernichten.“

Dann sucht das Blatt auszuführen, daß es sich jetzt nicht mehr um den Besitz eines armseligen Stückchens Sudan handelt, auch nicht um die Handelsinteressen im Pharaonenlande, sondern um einen Kampf zwischen christlicher Bildung und moslemischer Finsterniß; an Stelle der kaufmännischen Interessen trete die Rücksicht auf die höchsten Güter der Menschheit. England würde sich unvergleichlichen Ruhm erwerben, wenn es den Kampf siegreich bestiehe; sollte es sich aber zu schwach erweisen, so sei es die Pflicht sämtlicher christlichen Mächte, ihm mit ihren Streitkräften beizustehen — es gelte das Kreuz gegen den Halbmond zu schälen.

Fast kommt es einem vor beim Lesen solcher Ausführungen, als wäre man in das Mittelalter, in die Zeiten der Kreuzzüge versetzt. Auch damals wurde gepredigt, das Kreuz zu nehmen wider die Ungläubigen. Auch damals wurden die Ungläubigen in ihren eigenen Landen angegriffen, sie wurden oft befestigt, doch blieben sie auch Sieger. Nach und nach wurden die Kreuzfahrer wieder nach Europa zurückgedrängt und die siegreichen Moslem drangen weiter nach Westen, selbst bis vor die Thore Wiens.

Da allerdings erlangt oft genug in Deutschland das Schreckenswort: „Der Türke kommt!“ Aber die Situation war eine ganz andere. Zur Zeit der Kreuzzüge herrschten moslemische Bildung und christliche Finsterniß, und letztere wurde eine Zeit lang von ersterer befreit.

Das hat sich nun geändert. Aber nicht christliche Bildung herrscht jetzt im Abendlande, sondern humanitäre Bildung und Gesittung, die übrigens noch weitere Fortschritte machen dürfte, ehe sie auf der notwendigen Höhe angelangt sein wird. Und im Morgenlande ist jetzt in der That Finsterniß eingezogen, die aus den despotischen Zuständen, die dort lange Jahrhunderte geherrscht haben, hervorgegangen ist. Derselbe Despotismus aber läßt auch Rußland nicht aus der Finsterniß heraustreten, derselbe Despotismus hat Spanien an den Rand des Grabes gebracht und würde auch Frankreich vernichtet haben, wenn dort nicht vor halb hundert Jahren der Volksgeist mit elementarer Kraft er-

Felix schwang sich auf seinen Schimmel, Max bestieg den Rappen. Noch einen Gruß rief er zu dem Balkon hinauf zu dem Grafen, dessen trauriges, niedergeschlagenes, bleiches Anlitz sie dort erblickten.

Noch ein herzliches Lebewohl für Fritz, — dann grüßten sie auch Habicht und Segal, welche ihnen in den Sattel geholfen.

Mit Kennerniemene betrachtete Segal den Stiefel des Baronets.

„Ich wußte es ja,“ flüsterte er Habicht zu, „daß ich mich nicht täuschen konnte; dieser Stiefel war es.“

„Es ist gut, daß sie fortgehen,“ erwiderte Habicht; „mir hat das Spioniren um das Schloß herum gar nicht gefallen.“

Dann mit einem beinahe feindlichen Blicke erwiderte er D'Brians Abschiedsworte. Schon drückten die Reiter den Pferden die Sporen in die Seiten, schon waren sie einige Schritte davon gesprenzt, — da öffnete sich ein Fenster des Eckturms.

Die zarte, bleiche, schöne Gestalt der Komtesse ward in demselben sichtbar.

Noch einmal wandte sich D'Brian um, und er erblickte sie. Der ganze namenlose Schmerz durchjuckte von Neuem heftig seine Seele.

Der Schmerz aber das verlorene Glück, daß er hier zurücklassen mußte, und der Schmerz, welchen er empfand, drückte sich in dem Blick aus, welchen er empor sandte. . . und sie begegnete diesem Blick mit einem Auge voll Liebe und inniger Dankbarkeit.

„Ein größeres Opfer, Agathe, konnte Deine Liebe nicht fordern, als ich Dir durch diesen Abschied bringe!“ rief er.

Dies drückte er die Sporen in die Weichen des edlen Pferdes. Nach wenigen Minuten lag das Schloßthor weit hinter den Reitern.

Auf denselben Tag hatte Fritz seine Abreise fest-gesetzt. Auf bringendes Bitten des Grafen, und weil er in der That fürchtete, daß die Trauer, die er über den erklärlichen Abschied seiner Freunde empfand, der Gesund-

wacht wäre und die verrotteten Zustände über den Haufen geworfen hätte. — — —

Wäre es aber nun nicht besser, anstatt aus christlichem Fanatismus den Mahdi mit seinen Schaaren zu vernichten, die humanitäre Bildung hinzutragen zu jaen Völkern, um sie zur Gesittung zu erziehen? Wohl deutet die „Germania“ darauf hin, daß mit der Niederlage der Engländer die zahl-reichen christlichen Missionstationen im Orient in Frage gestellt würden; aber haben denn die Missionäre, gleichviel welchen christlichen Glaubens, auch im rechten Sinne er-zieherisch gewirkt? Oder sind sie nicht auch vielfach die Pioniere gewesen, die ermöglicht haben, daß die verschiedenen Kulturnationen ihrer Handelsinteressen wegen die unulti-vierten Völkerschaften ausbeuten und ausrauben konnten?

Wer Wind säet, wird Sturm ernten?

Oder sind etwa die Engländer so unschuldig den Arabern gegenüber? Wollten nicht die ersteren auch den Sudan für sich erobern, um das ganze Pharaonenland ihren Handelsinteressen dienstbar zu machen, um es ausrauben zu können?

Von einem Religionskriege war zu Anfang gar nicht die Rede. Wenn aber die christlichen Kulturvölker mit Feuer und Schwert einbrechen in das Land unentwickelter Nationen, wenn dann unter dem Donner der Kanonen das Kreuz aufgezogen wird, so wird sicherlich ein gewisser Respekt vor dem Kreuze erzwungen werden, aber Liebe zu demselben nicht. Das mag sich die „Germania“ merken.

Deshalb kommt uns auch ihr Kriegsgeschrei so un-natürlich und widerlich vor. —

Im Uebrigen aber haben wir wohl nichts hier in Europa vor dem Mahdi zu fürchten, deshalb liegt auch gar keine Veranlassung vor, im Sudan für die heuchlerischen Engländer die Kasernen aus dem Feuer zu holen.

Mögen die Herren Engländer selbst zusehen, wie sie fertig werden. Die „Germania“ hat aber wohl den Artikel nur deshalb geschrieben, um zu zeigen, daß die katholische Kirche immer auf der Wacht stehe, wenn das Christenthum bedroht ist, auch wenn von solcher „Bedrohung“ in Wirk-lichkeit gar keine Rede sein kann.

Wenn nun aber die „Germania“ noch zum Schlusse des Artikels die „europäische Gesittung“ und die „Huma-nität“ für ihr Kampfgeschrei in Anspruch nimmt, so ist dies reaktionäre, kirchlich orthodoxe Blatt am wenigsten berufen, die Humanität bei dieser Gelegenheit zu zitiren, die es sonst gemeiniglich mit Fäßen tritt.

Für uns giebt es einen viel schlimmeren Feind, als den Mahdi, nämlich die, auch von der „Germania“ unter-stützt, mit Gewalt hereindringende Reaktion.

heit des Grafen nachtheilig sein möchte, ließ er sich bewegen, noch einige Tage dort zu bleiben. Fritz hatte den ganzen Zusammenhang geahnt. Er kannte ja die Weigerung Agathe's, sich zu vermahlen.

Er wußte, daß D'Brian ihr seine Liebe erklärt hatte; er wußte, daß sie seine Liebe erwiderte, und ihn dennoch abgewiesen hatte. Welches neue Räthsel für ihn, der die Ueberzeugung hatte, daß auch diese unerklärliche Entschlossen-heit in dem sonst so nachgiebigen, weichen Gemüth des Mädchens im Zusammenhange stehe mit der Krankheits-ursache des Grafen!

Er hatte den Grafen Fergus beobachtet, als die beiden Freunde davon ritten, und er glaubte in seinen Mienen gelesen zu haben, daß die Weigerung seiner Tochter ihm tiefen Kummer verursachte.

Bestand denn in der That ein solch' feindseliges Ver-hältniß zwischen Vater und Tochter? Keineswegs! Er hatte während der Tage, die er noch in dem Schlosse ver-weilte, Gelegenheit Beide zu beobachten.

Die Gräfin Agathe ihrerseits schien zu fühlen, daß sie ihrem Vater Kummer bereitet, und sie bemühte sich, durch Verzeihung ihrer zärtlichen Sorge um ihn, den Kummer, welchen sie ihm bereitet, wieder gut zu machen. D, wie dankbar erkannte der Graf die Liebe seiner Tochter!

Fritz war auf's Höchste erstaunt, den Vater, welchen er hart und grausam der Tochter gegenüber gesehen hatte, und die Tochter, deren Weigerung er fast für Eigensinn zu halten geneigt war, in einem so innigen Verhältniß zu einander zu sehen. In fast ruhrender Weise war Agathe um den gesehenden Vater besorgt, und in derselben Weise bewies er ihr für ihre Sorge seine Dankbarkeit.

Mit der Genehmigung des Grafen lehrte das Leben in das Schloß McDonuil zurück. Es war nicht mehr das einsame Trauerhaus, sondern es war das Haus, das seinen Rang mitten im Kreise vornehmer Gesellschaft wieder ein-nahm. Fritz ward gleichsam als zur Familie gehörig be-trachtet.

Der Graf und seine Tochter schätzten und liebten ihn nicht allein als den pflichtgetreuen Arzt, dem sie merkt-

Arbeiterunruhen

werden in letzter Zeit aus verschiedenen Gegenden gemeldet. Bekanntlich ist Nordamerika der Tummelplatz aller Nationalitäten. Der Zustrom fremder Arbeiter ist ein enormer und da die Eingewanderten meist viel geringere Bedürfnisse als die in Amerika Heimischen besitzen, und deshalb sich für niedrigeren Lohn anbieten, so kommt es fast täglich vor, daß sie von den heimischen Arbeitern bedrückt werden.

Stöße sind an der Tagesordnung, Bedrohungen mit tödlichen Waffen kommen häufig vor, daneben laufen allerlei Chikanen und Vergewaltigungen. Aber oft genug verwandelt sich dieser kleine Krieg in einen größeren. Die fremden Arbeiter sollen zur Niederlegung der Arbeiter-gezwungen werden und große Trupps bewaffneter heimischer Arbeiter ziehen heran und brauchen Gewalt. Bei der Gegenwehr giebt es Verwundete und Tote, die Polizei schreitet ein, Verhaftungen und Verurteilungen finden statt.

Dann melden die Zeitungen ganz lakonisch von „Arbeiterunruhen, die stattgefunden haben,“ und die Gedankenlosen wissen nichts dazu zu sagen als: Welche Rohheit dieser Plebejer!

Gegenwärtig herrscht in Nordamerika Arbeitsmangel; dadurch wird natürlich der Haß der heimischen Arbeiter gegen die Fremden noch gesteigert. Früher hatten unter diesem Haße die Deutschen zumeist zu leiden; doch sind dieselben in neuerer Zeit anspruchsvoller geworden, arbeiten nicht mehr für jeglichen Lohn und erwerben sich dadurch mehr Achtung als früher. Dagegen sind es jetzt die italienischen und slowakischen Arbeiter, die besonders von den amerikanischen verfolgt werden. Fast sämtliche Arbeitervereinigungen nehmen keine Italiener und Slowaken auf, und diese Vereinigungen verhindern auch vielfach, daß die Fremden überhaupt Arbeit erhalten.

So werden zahlreiche europäische Arbeiter, besonders aus den genannten Volkstämmen, zur Rückwanderung getrieben. Aber nicht nur in Amerika haben wir diese Erscheinung, auch in Europa. So werden jetzt aus Budapest Arbeiterunruhen gemeldet.

Italienische Arbeiter hatten erklärt, bei dem Umbau eines Bahnhofs die Erdarbeiten billiger machen zu wollen, als die ungarischen Arbeiter.

Darauf griffen letztere die Italiener an, es entspann sich ein odenlicher Kampf, die Italiener wurden aus dem Bahnhofe gedrängt, bis die Polizeimacht erschien und dem Streik durch Verhaftungen ein Ende machte.

Und auch in Deutschland haben wir an verschiedenen Orten alljährlich, besonders zur Zeit des andröhenden Frühjahres, dasselbe Schauspiel. Und immer sind es die bedürftigen Italiener, Slowaken und polnischen Arbeiter, die den Anlaß geben. So fanden kürzlich in der Provinz Sachsen größere Schlägereien statt zwischen heimischen und polnischen Arbeitern. Und immer ist die Ursache solcher „Arbeiterunruhen“ das billigere Angebot der Arbeitskraft seitens der Polen.

Man spricht so viel vom Schutze der nationalen Arbeit; man will jetzt durch die Erhöhung des Getreidezolles die nationale Landwirtschaft schützen, die nationale Industrie erhält ihren Schutz, und dem nationalen Handel soll durch die Kolonialpolitik aufgeholfen werden.

Das fremde Getreide, die fremden Industrieerzeugnisse sollen durch hohe Zölle ferngehalten werden, damit die heimischen Landwirthe, die heimischen Fabrikanten unbehindert von fremder Konkurrenz ihr Schwitzen scheeren können.

Aber die nationalen Arbeiter? Sie werden nicht geschützt! Fremden Arbeitern ist es erlaubt, zum Wohle der Landwirthe, zum Wohle der Fabrikanten den heimischen Arbeitern eine unwürdige Konkurrenz zu machen!

Doppelt Gewinn erhält dadurch der Grundbesitzer und der Fabrikant, während der Arbeiter, der den Getreidezoll hauptsächlich trägt, durch fremde Konkurrenz gezwungen, seine Arbeitskraft billiger verlaufen muß.

Wo bleibt da der Schutz?

Wir haben schon einmal bei einer ähnlichen Gelegenheit ausgeführt, daß wir fremden Arbeitern nicht vordanken, in unserem Lande sich Arbeit zu suchen. Sie sollen aber ihre Arbeitskraft nicht unter dem ortsüblichen Lohne anbieten, sie sollen mindestens die Bedürfnisse sich aneignen, welche die heimischen Arbeiter haben. So lange dies aber nicht geschieht, so lange kann man es den heimischen Arbeitern kaum verdenken, daß sie sich gegen die Konkurrenz der fremden Arbeiter zu schützen suchen.

Und wenn die fremden Arbeiter noch aus eigenem Antriebe kämen, um Arbeit zu suchen! Aber das ist nicht der Fall; sie werden von Agenten in ihrer Heimath zu ganz bestimmter Arbeit zu geringem Lohne angeworben. Deutsche Unternehmer verdrängen

somit die deutschen Arbeiter aus Lohn und Brot im eignen Vaterlande!

Dieser Zustand ist ein verdrölicher. Diejenigen Leute, welche das Wort national immer im Munde führen, sind es gerade oft, welche sich auf Kosten der deutschen Arbeitskraft durch fremde Arbeitskräfte bereichern.

Und wenn dagegen die deutschen Arbeiter demonstrieren, dann ruft man die Polizei herbei, verhaftet die deutschen Arbeiter und bestraft deren Rädelsführer, wobei die Blätter meist Partei gegen ihre Landsleute nehmen und von Arbeiterunruhen melden, welche „von gewissenlosen Agitatoren angezettelt“ worden seien. Welch ein Schauspiel!

Politische Uebersicht.

Gouvernemental und konservativ. Vor einigen Tagen theilten wir mit, daß die Konservativen in Mecklenburg wenig Neigung mehr empfänden, mit dem Fürsten Bismarck durch Dick und Dünn zu gehen, in Folge dessen auch bei einer Reichstagswahl der gouvernementale, bismarckfreundliche Kandidat durchgefallen ist. Nunmehr sagt sich auch der Agrarier Freiherr v. F e h e n b a c h, der in landwirtschaftlichen Kreisen bedeutenden Anhang hat, vom Fürsten Bismarck los. Freiherr v. F e h e n b a c h, der in der Vergangenheit als konservativ und gouvernemental sich nicht bedenkend, hierdurch hat der hochkonservative Freiherr sich den höchsten Zorn der „Nordd. Allg. Ztg.“ zugezogen, die ihn in einer Besprechung der Broschüre den Vortreiber eines revolutionären Junkerthums nennt und ihn mit den Anarchisten in einen Topf wirft. Wohl bekommen!

Das Rothkommunalsteuergesetz, welches nach Verathung im Abgeordnetenhaus dem Herrenhause zugeht, ist jetzt von der Kommission im Herrenhause mit einer Reihe von Abänderungen angenommen worden, die, falls sie die Zustimmung des Plenums finden, eine nochmalige Verathung des Gesetzentwurfs im Abgeordnetenhaus notwendig machen. Bei dieser Gelegenheit wird wohl der Antrag des Abgeordneten Huene, der bekanntlich dahin geht, einen Theil der Einnahmen, welche dem Staate aus der Erhöhung der Getreidezölle erwachsen, den Kommunen zuzuwenden, mit in Betracht gezogen werden. Herr Huene hat es übrigens für gut gehalten, seinen ursprünglichen Antrag noch etwas zu verwaschern. (Siehe Parlamentarisches.)

Die polnischen Reichstagsabgeordneten haben bekanntlich sämtlich für die Getreidezölle gestimmt. Damit scheint die polnische Arbeiterbevölkerung sehr wenig einverstanden zu sein. Wenigstens sind dem „Dren-downit“ aus der Stadt Bosen Nachrichten zugegangen, wonach in den polnischen Arbeiterkreisen große Entrüstung über die polnischen Abgeordneten aus dem Grunde entstanden sei, weil sie nicht gegen die Erhöhung der Getreidezölle gestimmt haben. Dem „Dren-downit“, welcher für die Getreidezölle eingetreten war, wird der Vorwurf gemacht, daß er es jetzt wohl mit der höheren Klasse halte und die Arbeiterklasse verachte. Ein anderes polnisches Blatt, die „Gonke Wielk.“, weist darauf hin, daß die polnischen Abgeordneten für die Getreidezölle gestimmt haben, weil die großen Grundbesitzer glauben, daß in Folge der Zölle das Getreide im Preise in die Höhe gehen werde, und bemerkt dann gegenüber der Behauptung, daß das Ausland den Zoll tragen werde: „Wenn das Getreide nicht in die Höhe geht, dann wird der Landwirth ja eben so Noth leiden, wie es jetzt der Fall ist, und während die Regierung durch den Zoll Vortheil haben wird, werden die Landwirthe durch denselben nichts gewinnen. Wenn also aus den Zöllen ein Gewinn für die Landwirthe erwachsen soll, so ist eine Erhöhung des Preises, wenn auch nur um zwei Mark, erforderlich, und wenn eine Erhöhung eintritt, so zahlt dafür der arme Arbeiter und Handwerker ohne Ader, und auf ihn fällt die Last, die Lage der Landwirthe zu verbessern.“

Die Frage der braunschweigischen Thronfolge wird in der letzten Zeit wieder viel erörtert; nach gutem Vernehmen weist dieselbe bis jetzt noch keinerlei positive Veränderungen gegen die bekannten Thatsachen auf. Es ist indessen nicht zu bezweifeln, daß aus dem Schooße der Dynastien heraus, namentlich der mit dem Herzog von Cumberland näher verwandten, lebhaftere Annäherungen gemacht werden, um den Präsidenten zu einer Verständigung mit der preussischen und Reichsregierung zu bewegen und gleichzeitig bei den letzteren den Boden für eine solche Annäherung zu regeln. Indessen darf man diese Veruche nach beiden Seiten bisher als vergebliche betrachten. Der Herzog von Cumberland ist ein Präsident nach dem Muster des Grafen von Chambord und einer „prinzpiellen Rolle“ sehr zugeeignet, aber für praktische Thätigkeit überhaupt nicht gemacht. Auf der anderen Seite liegt nicht das Geringste vor, was auf eine Gestaltungsänderung der maßgebenden Personen in Deutschland schließen ließe.

Der Kreislandwehrverein in Braunschweig kann noch nicht zur Ruhe kommen. Wir haben schon einmal von den

Auch Georg Amberg hätte sich wohl seiner natürlichen heiteren Laune überlassen. Auch er fühlte sich nirgends glücklicher, als im Kreise seiner lieben Verwandten und seiner lieben Frau.

Er hatte auch wahrlich nicht Ursache, traurig zu sein, denn seine Verhältnisse hatten sich recht günstig gestaltet, so daß Sorgen nicht mehr an ihn herantraten; und das leidige Asthma, das ihn von Zeit zu Zeit quälte, hoffte er verschwinden zu sehen, wenn er erst wieder ein eigenes Geschäft etablirt haben würde und nicht mehr nöthig hätte, so angestrengt thätig zu sein.

Auch Bertha Amberg war mit Recht froh gestimmt. Hatte doch Frau Eisler erst heute einen Brief von Strahlenau erhalten, aus Inverness datirt, worin er in seiner launigen Manier mittheilte, daß sie sich immerhin auf seinen Besuch gefast machen möchten, daß er dieses Jahr durchaus keine Eile habe und nichts sehnlicher wünsche, als seinem abenteuerlichen Leben in Indien Balet zu sagen.

Es genüge ihm vollständig — so schrieb er — die Natur der bengalischen Tiger und indischen Panther hier im zoologischen Garten kennen zu lernen, und er mache sich nichts daraus, sich in ihrer Heimath mit ihnen einzulassen; er habe durchaus keine Sehnsucht, weder zu den zweifühigen, noch zu den vierfühigen Bestien Indiens zurückzukehren.

Im Grunde genommen aber, fügte er hinzu, habe ja auch der märlische Sand seine Annehmlichkeiten, schon deshalb, weil man nicht hinter jedem Hügel den Hinterhalt eines Hindu zu fürchten brauche. — Er schloß seine humoristische Auslassung, indem er Frau Eisler tausend Grüße an Fräulein Bertha auftrug und sie bat, es ihm nicht übel zu deuten, wenn er ihr die Schätze Indiens nicht als Morgengabe mitbringe, vielmehr ihr nichts weiter zu liefern im Stande sei, als die haarsträubenden Beschreibungen seiner Abenteuer. — Was wären auch alle Schätze Indiens, sie müßten ja doch werthlos erscheinen vor dieser Perle aller Mädchen!

Bertha fühlte, daß durch all' den Humor und die aus-

Vorgängen in diesem Verein Noth genommen, wollen die da sich inzwischen die Angelegenheit weiter entsponnen hat, noch einmal auf die Sache eingehen. Der besagte Verein ist einer der größten Kriegervereine des Herzogthums, er zählt bis 1600 Mitglieder und besitzt ein Vermögen von ungefähr 30 000 Mark. In einer Versammlung des Vereins, im Januar dieses Jahres kam es zu heftigen Streitigkeiten, weil ein Mitglied zum Vizepräsidenten vorgeschlagen wurde, welche in dem Geruche stand, sozialdemokratischen Tendenzen zu hegen. In der hitzigen Debatte erklärte dieses sowie ein anderes Mitglied öffentlich, sie seien gar keine Sozialdemokraten hätten aber bei der letzten Wahl für Bloß gestimmt. Es wurde nun ein Antrag auf Ausschließung dieser Mitglieder gestellt, dieser Antrag jedoch in einer dieser Tage stattgehabten sehr förmlich verlaufenen Sitzung mit 167 gegen 120 Stimmen abgelehnt. Der Gesamtvorstand mit Ausnahme eines Mitgliedes hat nun sein Amt niedergelegt. Es werden, da auch früher schon ärgerliche Ausbrüche in dem Verein vorgekommen sind, Rassenaustritte und vielleicht auch ärgerliche Prozesse wegen des Vereinsvermögens erfolgen. Generalleutnant J e h e r v. H i g e r s hat die aktiven und inaktiven Militäeroffiziere (es waren namentlich viele Reserveoffiziere wirkliche oder ehemalige Mitglieder des Vereins) durch Garnisonsbefehl aufgegeben dem Verein fern zu bleiben. Es ist auch bereits ein Antrag gestellt auf Ausschließung des Vereins aus dem Verbande der braunschweigischen Krieger- und Landwehrvereine.

Belgien.

Das in Brüssel erscheinende „Mouvement Géographique“, welches einigermaßen offizielles Organ der Kongo-Assoziation ist, theilt mit, daß die Verfassung des neuen Kongo-Staats, dessen Gründung nun gesichert ist, von einer Kommission ausgearbeitet worden ist, deren Haupt-Mitglied der englische rechtsgelehrte Sir Trauers L o w i s und der verstorbene Professor an der Valfelder Universität Arnst, worunter letzterer einer der größten Juristen, die Deutschland hervorgebracht hat, dem aber von seiner Studentenjugend an die reglementarische deutsche Regierungslust zuwider war, und daher sein Leben in Belgien zubrachte. Der neue Staat wird wahrscheinlich monarchisch sein und den Namen „Königreich des Kongo“ erhalten. Artikel 62 der belgischen Verfassung besagt: „Der König kann nicht gleichzeitig Haupt eines anderen Staats ohne Zustimmung beider Kammern sein. Die Kammern können über eine diesbezügliche Frage nicht verhandeln, wenn nicht wenigstens zwei Drittel ihrer Mitglieder anwesend sind und ein Beschluß kann nur mit Zustimmung von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder gefast werden.“ Die ganze Angelegenheit wird nächstens von den belgischen Kammern besprochen werden, wenn ihnen die Anerkennung der Kongo-Assoziation vorgeschlagen wird. Es wird sich dann herausstellen, ob der König der Belgier beabsichtigt, sich den Titel „König des Kongo“ beizulegen. Jedenfalls wird Beifall der Regierung des neuen Staates sein und es wird nach dem Kongogebiet ein General-Gouverneur mit der notwendigen Anzahl von Provinzial-Gouverneuren entsandt werden. Der Nachfolger des englischen Obersten Sir Francis de Winton, der jetzt das Gebiet mit dem Titel „General-Administrator“ verwaltet, als General-Gouverneur wird Stanley selbst sein, da er das Werk, das er angefangen hat, auch zu vollenden wünscht.

Schweiz.

In Zürich traf am 22. d. M. ein höherer preussischer Polizeibeamter ein, der in der Kumpff-Affäre mit den zuständigen Behörden konferirte. Es wurde damals bei zwei Anarchisten Vernehmung vorgenommen und bei einem derselben, einem gewissen Stiehrin, kompromittirende Papiere aufgefunden. St. denahm sich dem Polizeikommissär gegenüber sehr ungeduldig und verweigerte jede Auskunft. Dieser Anarchist ist Schweizer (Nargauer) und Hauseigentümer.

Ägypten.

Nachdem „John Bull“ Ägypten zu Grund geeret hat, wird die Ansicht der englischen Staatsgläubiger — und deren sind nicht Wenige — auf Verzinsung resp. Amortisirung ihrer Kapitalien immer geringer. Ägypten steckt bis an den Hals in Schulden und da es schon seit Jahrzehnten mit dem Verzinsen und Verzinsen dieser Schulden harrert, so haben die Gläubiger eine sog. internationale Schuldenskommission in Ägypten eingesetzt, welche dafür Sorge zu tragen hat, daß die Staatsgläubiger, wenn auch langsam, zu ihrem Gelde kommen. In dieser Kommission saßen bis vor Kurzem nur Vertreter der englischen und französischen Regierung; jetzt haben jedoch auch die russische und die deutsche Regierung je einen Vertreter in die Kommission gesandt. Die Vergrößerung dieser Schuldenskommission ist hauptsächlich erfolgt im Hinblick auf die jetzigen Zustände in Ägypten; die englische Regierung hat den Krieg angefangen und Millionen für Kriegszwecke verausgabt; natürlich unter der Voraussetzung, Ägypten als Pfand dafür zu behalten. Nun verlangen aber in solchem Falle sämmtliche Staatsgläubiger Ägyptens von England die Garantie für ihre Kapitalien. Doch hierzu will sich „John Bull“ nicht bequemen, und deshalb wandten sich die Gläubiger

gelassene Laune der Hauch der Liebe wehe, und sie fühlte sich beklüht. —

So hätte die Stimmung dieses Kreises eine frohe und gemüthliche sein können, wie sonst. Allein Frau Amberg vermochte, trotz ihrer aufrichtigen Bemühung, die Stimmung nicht zu verderben, nicht, in den Tod allgemeiner Heiterkeit mit einzustimmen. Es bedrückte etwas ihr Herz. Ras las den Kummer in ihrem Auge, und unwillkürlich brühte ihre Gemüthsstimmung auch die Freunde der Uebrigen herab.

Wohl bemühte sie sich zu verbergen, was in ihrer Seele vorging, daß ein Gram tief an ihrem Herzen nagte und namentlich war sie bemüht, dies ihrem Gatten zu verbergen.

Allein ein liebendes Auge schaut auch in die Tiefe der Seele der Beliebten, schaut bis ins dunkle Herzklammernde hinab. Amberg erkannte, daß seine Frau über etwas trümmert sei. Es quälte ihn, daß sie ihm die Ursache ihrer Kummer nicht entbedte. Wohl hundertmal hatte er sie gefragt nach dieser Ursache; immer war sie seinen Fragen ausgewichen.

Sie hatte versichert, daß ihr nichts fehle, daß sie sich glücklich fühle. . . aber mitten in der Versicherung ihrer vollkommenen Glückes hatte sie eine Thräne durch ihre Wimper gebrängt und hatte ihre Worte Lügen gefast.

Wie oft hatte Amberg seiner Frau sein Geheimniß offenbaren wollen! Wie oft hatte er sich gefast: „Werden nicht eher ganz glücklich sein, als bis Alles zwischen uns klar ist, bis kein Geheimniß und von einander scheidet.“

Aber er hatte dazu den Muth nicht gewonnen und erinnerte sich der Mahnung seines Bruders: „Sie wird es Dir nicht glauben, daß Du für einen Anderen die Vaterschaft eines unehelichen Kindes übernommen hast; sie wird Deine Erzählung für ein Märchen halten und Du wirst reich durch Deine Erzählung nichts, als daß Du das Weib trauen in Deiner Frau erweist.“

So hatte er geschwiegen, und er verschloß das Geheimniß in seiner Brust, wie Rätchen ihren Gram verschloß. So kam es denn, daß heute die Unterhaltung

würdiger Weise die schnelle Genesung des Grafen allein zuschrieb, sondern auch als den wirklich theilnehmenden Freund; und wenn auch Agathe manchmal mißtrauisch war bei gewissen versänglichen Fragen des Doktors, die offenbar darauf abzielten, Licht zu erhalten, so wußte sie doch, daß diese Fragen nicht durch die Neugier dikirt waren, sondern lediglich durch das Bestreben, ihrem Vater zu nützen.

So sehr auch Fritz seine Absicht verdecken mochte, er mußte doch erkennen, daß er der Krankheit des Grafen auf dem Wege des Fragens nicht auf die Spur kommen werde.

Agathe antwortete ihm ausweichend und Toby, welcher offenbar mehr wußte, als er sich den Anschein gab, wich ihm gestiffen aus. Die übrigen Mitglieder des Hauses wußten natürlich nichts zu sagen.

Fritz verließ den Grafen vollständig genesen, als er nach Verlauf von zwei Wochen nach Beihesba zurückkehrte.

Er schied aber von ihm mit der traurigen Ueberzeugung, daß sein Uebel wiederkehren und daß der Graf demselben erliegen werde, wenn es ihm nicht gelänge, die Krankheitsursache zu entdecken. Diese aber blieb nach wie vor für ihn ein tiefes Geheimniß.

Fünfzehntes Kapitel.

Der trauliche Familienkreis Georg Amberg's und seines Schwagers Eisler fand sich in den Winterabenden wohl noch zusammen, allein es schien der Genius stillen, häuslichen Glücks von hier gewichen zu sein. Wilhelmine, Eisler's biedere Gattin, die Hausfrau, bemühte sich auch diesen Abend, als sie ihre Lieben alle bei einander versammelt hatte, vergebens, eine rechte Stimmung in die Gesellschaft zu bringen. Ihr Mann unterstützte sie darin bestens.

Ihm war ja der traute, häusliche Kreis nach des Tages einförmiger und beschwerlicher Arbeit eine rechte Herzensstärkung und Herzensberuhigung, die ihn für den monotonen Bureaudienst, der ihn am nächsten Tage wieder erwartete, ermuthigte und kräftigte.

Die übrigen Mächte, um sie zur Intervention zu veranlassen. Frankreich das Vorgehen Englands in Ägypten schon längst als unbillig betrachtet und auch andere Mächte keineswegs freundschaftlich zu England stehen, so ist auf den Vorschlag Frankreichs hin eine Vereinbarung der Mächte zu Stande gekommen. England findet an dieser Vereinbarung durchaus keinen Gefallen, es kann sich aber dem Druck, den die übrigen Mächte ausüben, nicht entziehen, und so hat es sich darauf beschränkt, eine unwesentliche Modifikation der Vorschläge zu verlangen. Gegenwärtig verläutet nun über diese Angelegenheit: Es unterliegt keinem Zweifel, daß die von den Mächten vereinbarte Regelung der ägyptischen Finanzen auf Grundlage der von Frankreich gemachten, von englischer Seite vollständig nur unwesentlich modifizierten Vorschläge den Wünschen des Kabinetts Gladstone nur wenig entspricht und ebensowenig dazu beiträgt, die demintrende Stellung Englands in Ägypten zu befestigen. Das Londoner Kabinet hat die dringlichste Ermahnung der Rinsen der ägyptischen Staatsschuld, für die es auf der Londoner Konferenz vergeblich sich engagiert hatte, einfach fallen gelassen. Die ägyptische Schuld wird, wie man von ununterrichteter Seite schreibt, für die Zukunft von den Mächten zu gleichen Theilen garantiert; auch Rußland hat sich von dieser Garantie nicht ausgeschlossen, obwohl seine Interessen an der finanziellen Seite dieser Frage relativ gering sind. Auch das Prinzip der Neutralität des Suezkanals ist sowohl von England wie von den anderen Mächten angenommen worden; die Vereinbarung der Details Bestimmungen bleibt weiteren Verhandlungen vorbehalten. „Old England“ erlebt also ein großartiges Fiasko; nachdem es seine Tazzen schon bis zum Sudan vorgestreckt hat, nachdem es Millionen geopfert und seine Söldner im Wüstenlande verbluten ließ, ist ihm der ägyptische Besitz Ägyptens noch ebenso unsicher, wie zu Anfang des Krieges. Und was wohl das Schlimmste ist, der Suezkanal wird nicht in den Händen Englands übergeben, sondern unter der Aufsicht aller Mächte gestellt werden. Das ist ein bitterer Schlag, von dem das stolze Krämmerreich sich so leicht nicht erholen wird.

Amerika.

Das Washington Monument, zwischen dem Weißen Hause und dem Potomac erbaut, eine Säule von 555 Fuß Höhe, für die der Ruhm in Anspruch genommen wird, das größte Monument der Welt zu sein, wurde am 21. Februar 1884 eingeweiht. Eine stattliche Anzahl von 6000 Mann war zur Feier herangezogen, an Musik und Reden fehlte es nicht. Senator Sherman hielt die Eröffnungsrede.

Mrs. Dudley ist von einer Anklagejury wegen des Mordes an Koffa zu tödten, vor die Geschworenen verwiesen. Der Staatsanwalt leitet die Klage, aber ohne Koffa's Beugnis, so er sich weigert, vor Gericht zu erscheinen. Der ehemalige Richter Fullerton, einer der besten Anwälte Newyorks in Criminalsachen, wird Mrs. Dudley verteidigen.

Kommunales.

Die Stadtverordnetenversammlung hat wiederholt dem Magistrat angefragt, ob nicht eine provisorische Verbreiterung der sehr schlechten und selbst gefährlichen Passage an der Verkaufsbude möglich sei, wenn die definitive Regelung erst nach nicht durchgeführter werden kann. Auf den Bericht der Bau-Deputation wird der Magistrat jetzt, der „Nat.-Ztg.“ zufolge, der Stadtverordnetenversammlung antworten, daß diese provisorische Verbreiterung auch dann, wenn die Brückenwörter mit den auf denselben befindlichen Gruppen fortgenommen würden, nicht geschehen könne, weil diese Geländer nur teilweise eine für die Verbreiterung der Straße geeignete Grundfläche haben. Dazu kommt, daß die Genehmigung zur Fortnahme der Figuren und Gruppen höheren Orts schwerlich erteilt werden wird, wenn nicht zugleich bestimmte Erklärungen und Zusagen betreffend den baldigen Abbruch der Bude gegeben werden können. Der Magistrat hält es deshalb für durchaus notwendig, die Feststellung der Bauzustände für das Terrain bei der Bude und nach dem Königsplatz so schleunigst als irgend möglich zu bewirken, damit die definitive Regelung der Straßen unverzüglich erfolgen kann.

Die Verhandlung in dem Verwaltungsstreitverfahren zwischen Magistrat und Polizeipräsident wegen der Breite der Gehsteige zu den im Bau begriffenen Markthallen bei dem Kreisverwaltungsgericht findet, wie uns mitgeteilt wird, am 1. März er. statt.

Lokales.

Die Grenzverhältnisse zwischen Berlin und Charlottenburg sind noch niemals so augenfällig in ihrer ganzen Unhöflichkeit in die Erscheinung getreten, wie gerade jetzt, wo über die Nachbarräuferei der „kleinen Hundebelagerungs-Bühnen“, die die Hundesperre, verhängt ist, während Berlin von derselben glücklicher Weise verschont ist. Von einem Theile der Charlottenburger Straße und des Kurfürstendamms gehört bekanntlich die eine Seite zu Berlin, die andere zu Charlottenburg. Während der Berliner Hundebesitzer also ahnungslos mit seinem

haupte, und daß Wilhelmine's fröhliches Lachen und Eskler's Klänge für die Anstehenden des nächsten Sommers und Bertha's Andeutungen über die in Aussicht stehenden Erhebungen von den Abenteuern Stralenaus wenig Anlaß fanden, daß Pausen eintraten, in welchen Alle stumm einander gegenüber saßen, und Jeder zu überlegen schien, ob sich nicht ein Thema finden lasse, daß dieser gedrückten Stimmung abhülfe.

In einer solchen Pause war es, als die Thür sich öffnete und die behäbige Gestalt des Predigers Amberg in derselben erschien.

Ein breites Lächeln auf dem jovialen Antlitz blieb er einen Augenblick stehen und rief in einem Ton, der die heubrige Ueberraschung nicht besser nachzuahmen vermochte:

„Ach, welch herrlicher, welch herzerquickender Anblick! Da finde ich Euch Alle bei einander, meine Lieben! . . . Sehen Sie mir gegrüßt, liebe Schwägerin Wilhelmine und Sie, ihr würdiger Gatte . . . Erlauben Sie, schöne Schwägerin Rätchen, daß meine Lippen Ihre zarte Hand begrüßen.“

Ohne Rätchens Erlaubniß abzuwarten, küßte er ihre Hand, blickte sie dann lächelnd an, als wollte er sagen:

„Ich weiß zwar, daß Ihnen meine Zärtlichkeit zuwider ist; aber es macht mir deshalb nur um so mehr Vergnügen, gegen Sie Freundschaft zu heucheln.“

Dann schüttelte er Georg die Hand, begrüßte seine Schwester Bertha und nahm, ohne eine besondere Einlassung dazu erhalten zu haben, auf einem Lehnstuhl Platz.

„Das ist wirklich ein unerwarteter Besuch“, sagte Herr Eskler, „es freut uns, Sie so wohl zu sehen, Herr Prediger.“

„Der liebe Gott segnet mir Speise und Trank“, antwortete Amberg salbungsvoll, „damit ich Kräfte bekomme, um mich meinem Dienste unablässig zu weihen.“

„Nun was das betrifft“, sagte Eskler lächelnd, „so wissen wir ja Alle, daß Sie sich aus diesem Dienste, überhaupt aus Ihrem Berufe sehr wenig

sich munter tummelnden vierbeinigen Liebling auf der Berliner Seite spazieren geht, macht das vorwitzige Thierchen einen ledigen Seitenprung nach der Charlottenburger Seite, und — schwupp, hat der Scharfrichter den Hund beim Widel und zieht frohgemuth mit seiner „guten Peise“ ab. Dabei steht der Abwehrbereite vollständig auf gefestigtem Boden, wenn auch die auffällige Häufigkeit des Hundefanges gerade in jener Gegend die Vermuthung nahe legt, daß die geschilderte örtliche Zweifelhäftigkeit ganz besonders „fruchtbar“ wird.

Als vor einiger Zeit fünf fette Schweine, welche ein Händler aus Neustrelitz auf den Centralviehmarkt gebracht und sämmtlich an einen hiesigen Schlächter verkauft hatte, sich bei der Untersuchung als stark mit Trichinen behaftet erwiesen, tauchte die Vermuthung auf, daß die fünf Schweine aus einem und demselben Stall gekommen seien. Diese Vermuthung hat sich der „Nat.-Ztg.“ zufolge bestätigt; sie sind von einem Pferde-Schlächter aufgezogen worden. Wie es zugegangen, daß die Schweine trichinös geworden sind, hat nicht festgestellt werden können; Fleisch von Pferden kann ihnen, wenn sie etwa davon gegessen haben sollten, nicht geschadet haben, da pflanzenfressende Thiere mit Trichinen nicht behaftet sind. Allerdings waren auf dem Gehöft sehr viele Ratten vorhanden, die bekanntlich Träger der Trichinose sind. Bei dieser Gelegenheit theilt das genannte Blatt mit, daß Seitens der städtischen Fleischschau auf polizeiliche Requisition die letzten Reste eines geräucherter Schinkens auf Trichinen untersucht worden sind. Von diesem Schinken hat die an Trichinose schwer erkrankte Familie eines hiesigen Zahnarztes wiederholt gegessen. Nachdem 24 Präparate gemacht worden waren, ergab sich, daß in denselben zahlreiche Trichinen vorhanden waren, und zwar in jedem Präparat mindestens 4, in einzelnen Präparaten dagegen 6 bis 7 in einem einzigen Sechself. Eine derartige Zahl von Trichinen findet sich sehr selten in Schinken; immerhin bleibt aber der Genuß von gar nicht oder nicht gründlich untersuchten Schinken, welche von außerhalb hierher gefendet werden, sehr bedenklich und gefährlich.

Die Entführung eines Kindes weiblichen Geschlechts im Alter von 9 Wochen, über welche wir früher berichtet haben, hat, wie der „Staats-Ztg.“ geschrieben wird, eine romanhafte Enthüllung gefunden. In der Th.-Straße wohnt das Kaufmann H.'sche Ehepaar, welches sich in guten Verhältnissen befindet und nur einen Kummer hatte: daß die Ehe kinderlos blieb. Im vorigen Jahre wurde die Frau auf Anrathen des Arztes ins Bad geschickt, und siehe da, das Wasser hatte seine heilende Wirkung gethan; bald zeigte sich, daß die Ehe eine gesegnete werden sollte. Herr H. war überglücklich und behandelte seine Ehehälfte, die schon über den Lebensfrühling hinaus ist, mit doppelter Rücksicht und Liebe. Ende vorigen Monats nabte sich die Katastrophe, und der Ehemann gab ohne jeden Skrupel seiner Frau die Erlaubniß, ihre Stunde bei der Frau ihres in der Th.-Straße wohnenden Bruders, die geprüfte Krankenpflegerin ist, zu erwarten, ja er war hocherfreut darüber, daß sich eine so günstige Gelegenheit bot. Bald darauf wurde ihm denn auch ein allerliebster kleines Mädchen präsentiert, welches den beglückten Vater lieblich anlächelte. Inzwischen war unsere Entführungsgeschichte bekannt geworden. Die Frauen der Nachbarschaft strakten die Köpfe zusammen; denn der in der Zeitung beschriebene Anzug der „fremden Dame“ paßte ganz zu dem auffallenden und bei ihr nie gesehenen Gewande, in dem sich Frau H. kurz vor ihrer Entbindung gezeigt hatte, namentlich hatte der türkisfarbene Vongshawl Aufsehen erregt. Die Polizei wurde benachrichtigt und der Staatsanwalt nahm die Sache in die Hand. Da ergab sich denn, daß das Mutterglück der Frau H. ein fingirtes war, daß sie ihre Schwägerin mit in das Geheimniß gezogen und mit deren Hilfe auch die Hebamme getäuscht hatte. Sie hatte sich am Tage ihrer Entführung aus dem Hause auf eine Annonce hin das Kind aus der Rüdendborferstraße geholt und mit seiner Hilfe den liebevollen Betrug gegen ihren Gatten verübt. Die Beugen sind schon vernommen worden und Frau H. hat bereits ein umfassendes Geständniß vor dem Untersuchungsrichter abgelegt. Auch das Kind ist bereits durch die Mutter und die Pflegemutter rekonvalescent worden. Da die Motive, welche Frau H. zu dem immerhin tabulärwerthen Schritt verleitet haben, keine unlauteeren sind, so wird die strenge Justiz hoffentlich nicht allzu scharf mit ihr ins Gericht gehen.

a. Diebstahl in der National-Gallerie. Ein aus der Gemäldesammlung Gemälde, Sammlungen stammendes Delbild ist aus der Königl. National-Gallerie gestohlen worden. Das von Mengel gemalte in Goldrahmen gefaßte Gemälde ist ca. 21 cm. hoch und 26 1/2 cm. breit und stellt eine kleine Landschaft dar. Links steht eine Strohhütte unter Bäumen am See, im Vordergrund befindet sich ein Steg, über welchen ein Mann nach rechts schreitet. Vielleicht führen diese Heilen zur Ermittlung des gestohlenen Bildes, welches wahrlich ein diebischer Besucher, unter seinem Ueberzieher versteckt, aus den Räumen der Gallerie entführt hat.

b. Gestohlene Felle. In einer Lederhandlung in der Klosterstraße wurden gestern von einem unbekanntem Mann sechs getrocknete Kalbfelle zum Kauf angeboten. Da derselbe, ein „Arbeiter“ E., sich über den rechtlichen Erwerb der Waare

machen, und daß, wenn Sie irgend Gelegenheit dazu finden, Sie sich demselben entziehen. Beweisen nicht Ihre häufigen Besuche hier in Berlin, daß Sie sich kein großes Gewissen daraus machen, Ihre Herde einige Tage ohne Hirten zu lassen.“

„Wie schlau!“ erwiderte Amberg, in das Lachen Eskler's einstimmend. „Ist Euch etwa mein Besuch unangenehm? Wenn das wäre, so würde ich das Spreewäldchen nicht so bald wieder betreten. Meine Sehnsucht eden nach Euch, Ihr Lieben, ist es, die mich häufiger hierher treibt. . . . Gibt es für einen Bruder und Schwager einen schöneren Anblick, als seine nahen Verwandten alle so glücklich, so friedfertig beisammen zu sehen, wie ich Euch diesen Abend sehe? — wie geht es mit Deiner Gesundheit, lieber Georg?“

„Ich danke Dir, Paul, etwas besser, und ich hoffe, das Uebel wird sich ganz und gar legen, wenn ich erst so stürmt hin, daß ich nicht mehr nöthig habe zu arbeiten, wie bisher.“

„Hast Du dazu Aussicht?“

„Nun, ich kann unter vortheilhaften Bedingungen im nächsten Frühjahr ein Geschäft übernehmen, das mir großen und leichten Gewinn verspricht.“

„Ei, das ist ja herrlich! Ich gönne es Dir von ganzem Herzen, denn Du bist ein guter Junge und ein zärtlicher Bruder.“ — Er kniff ihn bei diesen Worten in die Arme und blinzelte ihm dabei zu. — „Und ein guter Gatte, der kein Geheimniß vor seiner Gattin hat. Nicht wahr, lieber Georg, kein einziges?“

Das diabolische Lächeln desselben schien ihm anzudeuten, daß er beabsichtige, ihn vollständig vor seiner Frau zu kompromittiren.

Rätchen aber schoß auf den Prediger einen Blick voll tödtlichen Hasses.

Wilhelmine kannte bereits die Passion des Predigers für gutes Essen. Sie hatte in aller Eile das vorher aufgetragene Abendbrod vervollständigt. Paul Amberg ließ sich Alles vorzüglich schmecken, und als man endlich zum Aufbruch rüstete, sagte er, sich an Georg wendend:

nicht aufzuweisen vermochte, vielmehr angab, dieselben von einem Unbekannten gekauft zu haben, so ist es zweifellos, daß die Felle irgendwo gestohlen worden sind. Der Eigentümer möge sich daher bei dem hiesigen Kriminalkommissariat melden, wofelbst die Felle verwahrt werden.

g. Von einem herben Verlust ist der in der Schwedterstraße 226 a im Keller wohnende Zimmergesele August Schulz betroffen worden. Derselbe verlor am Donnerstag Abend, zwischen 7 und 9 Uhr, in der Schwedterstraße einen ihm nicht gehörigen Tausendmarkschein, ohne daß es ihm gelang, denselben wiederzufinden. Der verlorene Werthschein trägt die Nummer 56,274 a. Der Verlierer erbietet sich bei Ablieferung der Banknote zu einer Belohnung von 100 Mark; durch die Nichterbeschaffung würde er auch noch seinen Broderwerb verlieren.

g. Ein älterer Herr bekam heute Mittag gegen 12 Uhr vor dem Hause Zimmerstraße 17 einen Schwindel- oder Ohnmachtsanfall und stürzte so unglücklich zur Erde, daß er sich eine nicht unerhebliche Verletzung am Kopfe zuzog. Ein Schutzmännchen geleitete den Verunglückten nach der Sanitätswache in der Markgrafenstraße, wofelbst ihm ein Verband angelegt wurde. Alsdann veranlaßte der Schutzmännchen die Ueberführung des Herrn nach dessen Wohnung.

Frau Niemann lehrte Ende dieser Woche von ihrem Urlaub zurück und wird zum ersten Male wieder am Montag, den 2. März, in „Die große Mode“ auftreten. — Das zweite Auftreten der Frau Rosa Goldbrandt als „Königin Elisabeth“ in „Graf Eber“ findet am Sonntag statt.

Im Central-Theater erreicht die unverwundlich: Gesangsposse „Der Kaiser-König“ am Sonnabend die Zahl der 125. Aufführung und die ausverkauften Häuser beweisen die andauernde Zugkräftigkeit des Stückes. Herr Direktor Ernst hat die Sonnabend-Vorstellung dem beliebten Darsteller Iomischer Charakterrollen, Herrn Reiner als Benefiz bewilligt.

Soziales und Arbeiterbewegung.

Aus dem Lande des Manchesterthums. In London stellt sich in den niederen Schulen vielfach heraus, daß die Kinder wegen mangelhafter Nahrung durchaus lernunfähig waren. Man richtete deshalb billige oder ganz unentgeltliche Mittagsschulen für die hilflosesten Schüler ein, und der zweite Jahresbericht des Free Dinner Fund ist soeben erschienen. Es werden darin einige geradezu haarsträubende Thatsachen mitgetheilt. Zwei Fälle wären zu erwähnen — sagt der Bericht —, wo Kinder ihre volle Sprechfähigkeit wieder erlangten, wohl nur, weil man ihnen bessere Nahrung reichete; ferner ein Fall, wo ein Kind vor Nahrungsmangel so schwachlich geworden war, daß man es Mittags in seinen Tisch führen und dort speisen mußte; nachdem es mehrere Monate den Freitisch gehabt hatte, legte ihm seine Schwäche mit großem Theil zurück. „Wir kennen ein kleines Mädchen, das eben aus dem Krankenhaus entlassen worden ist; es litt am Veitstanz. Im Hospital wurde ihm alle zwei Stunden, auch in der Nacht, Nahrung gereicht; seine ganze Krankheit entsprang nur dem Mangel an kräftiger Nahrung. Die Kleine gehört einer zahlreichen Familie an; der Vater ist ohne Arbeit; sie soll jetzt wieder zur Schule gehen, aber wenn sie gesund bleiben soll, so muß ihr nahrhaftes Essen gegeben werden.“ Bei dieser Gelegenheit wird folgendes Bittat aus einem Bericht des Kinderhospitals in Baddington Green beigebracht. „Woraus entstehen die meisten der vorherrschenden Leiden? Aus ungenügender Nahrung, erwidert der Arzt. Hungernöth ist fast immer die Grundlage der Uebel gegen die wir zu kämpfen haben.“ Ähnliche Aussagen — fährt der Bericht des Free Dinner Fund fort — werden fast alle Kinderhospitale machen, und die Nahrungfrage gewinnt somit eine gar nicht hoch genug zu schätzende Bedeutung für die Schulkinder.“ — Wie weit muß es in England mit der Armuth der großen Massen gekommen sein, wenn die Kinder ohne Frühstück und Mittagbrod zur Schule müssen, und dort zu schwach sind, um dem Unterricht folgen zu können? Und gestehen nicht alle liberalen Bestrebungen für Volksbildung und Volkserziehung in eitel Dummheit, wenn solche wirtschaftliche Nothstände daneben fortbestehen? Alle wohlgemeinten Bestrebungen auf geistigem und sittlichem Gebiet werden aber nicht eher Früchte tragen können, als bis wirtschaftliche Reformen die große Masse vom Druß der Noth befreit haben. Heute muß alles Stückwerk und Heuchelei bleiben!

Billige polnische und schlesische Arbeiter werden bekanntlich massenhaft für unsere ländlichen Unternehmer und Zuderindustriellen zur Ausbeutung angeworben. Aus der Gegend von Gogolin wird z. B. gemeldet: „Vor einigen Tagen ist ein Trupp weiblicher Arbeitskräfte, etwa fünfzig an der Zahl, nach der Provinz Sachsen abgereist. Sie werden dort mit dem Ausdreschen des Getreides beschäftigt. Im Frühjahr sind wieder größere Wanderungen von Arbeiterinnen zu erwarten. Sogenannte Werber durchschwärmen jetzt schon unseren Ort und die Umgegend, um weibliche Arbeitskräfte nach Sachsen zu engagiren. Für die Werber bietet ein derartiges Engagement immerhin ein einträgliches Geschäft, da

„Du hast doch nichts dagegen, Georg, daß ich bei Dir logire?“

„Ich nicht, Paul!“ antwortete er hastig; „wenn etwa nicht meine Frau . . .“

„Ei was, immer Deine Frau; Du mußt Deinen eigenen Willen haben.“

„Ich denke, daß Rätchen nichts dagegen haben wird.“

Amberg schien aber gerade zu erwarten, daß Rätchen etwas dagegen haben würde, denn ihre Blicke hatten ihm deutlich genug gesagt, daß sie keine sehr heiße Freundschaft für ihn empfinde.

Zu seinem großen Erstaunen aber antwortete Rätchen: „Ich füge mich den Wünschen meines Mannes und bitte Sie, bei uns zu bleiben.“

„Ei das ist liebenswürdig!“ rief er. „Ich habe solche Liebenswürdigkeit bei Euch vorausgesetzt. Ihr müßt nämlich wissen, Du Georg und Sie theuerste Schwägerin, daß ich vorhin schon in Eurem Hause war, daß ich dort erfuhr, Ihr seiet bei Eskler's, und eh' ich mich hierher begab, erlaubte ich mir Eurem Mädchen die Weisung zu geben, ein Zimmer für mich in Bereitschaft zu halten!“

Georg blickte seine Frau besorgt an, denn er fürchtete, daß sie diese Aufdringlichkeit mit einem zurückweisenden Worte strafen werde. Rätchen aber schwieg und schien diese offene Nichtachtung ihrer häuslichen Autorität ganz unbedacht zu lassen. —

Zu Hause angekommen, enifernte sich Rätchen sehr bald, um sich zur Ruhe zu begeben und ließ die beiden Männer allein.

„Weißt Du, weshalb ich hier bin?“ sagte Paul, als Beide allein waren.

„Ich fürchte, wieder in der bewußten Angelegenheit,“ antwortete Georg kleinlaut.

„Ganz recht, in der bewußten Angelegenheit, und zwar um Dich zu beruhigen, Du ängstliches Reh, und Dich von dem Alp zu befreien, der Dich drückt.“

„Das kannst Du nicht, Paul!“ (Fortsetzung folgt.)

Ne von ihren Auftraggebern 8 Mark pro Person bezahlt erhalten. In diesen deutschen Kulis verdienen alle, die schon genug haben. Der Agent (der Werbeführer) verdient seine Provision, der „Arbeitsgeber“ verdient, weil er billige Arbeitskräfte bekommt — und der Arbeiter selbst? Nun, sein Lohn wird allerdings durch die neue Konkurrenz tief herabgedrückt, vielleicht kommt er gar außer Arbeit. Aber was hat das auf sich? Was zählt der Arbeiter im heutigen Wirtschaftssystem, auch in dem System des „proletischen Christentums“?

Koststand. Aus Wesel schreibt man: „Das die Verarmung unserer Bevölkerung in erheblichem Maße zugenommen haben muß, dürfte aus dem Umstand erhellen, daß in der hiesigen Suppenanstalt während eines Zeitraums von 19 Tagen 11 000 Kinder gespeist wurden, wovon im Jahre 1881 in dem gleichen Zeitraum nur ca. 7000 Portionen zur Verteilung gelangten.“ Bedenkt man die strenge Kälte des damaligen Winters und die gegenwärtige milde Witterung, so ergibt sich ein entscheidender Rückschlag der hiesigen Erwerbsverhältnisse.

In St. Petersburg führte am vorigen Sonnabend im Zentrum der Stadt ein von Arbeitern bewohntes, mehrstöckiges Hinterhaus bis in den Grund zusammen, die Bewohner unter den Trümmern begrabend. Das Vorderhaus, in welchem lauter wohlhabende Leute wohnen, blieb natürlich stehen, es war solide gebaut. Diese Leute zahlten ja auch eine höhere Miete. Ob wohl eine strenge Untersuchung eintritt über die Qualität des Baumaterials, über die Stärke der Mauern und Wände, über die Arbeit überhaupt? Wir glauben es kaum, waren es doch nur Arme, die vom jähren Schicksal erreicht worden sind. Und im heiligen Rußland giebt es ja noch Arme Über genug!

Die Schwerepathvergiftung in der Rotibuser Kaserne ist nicht erwiesen worden. Der Oberstabsarzt Dr. Gaffky aus Berlin hat das Brot genau untersucht und keine giftigen Bestandteile gefunden. Man sieht also vor einem Räthsel, doch immer noch wird behauptet, das Brot sei in den letzten Monaten nicht gut gewesen.

Die Rückwanderung von Amerika war noch in keinem Jahre so bedeutend, als gegenwärtig, jeder Dampfer bringt im Durchschnitt 5 bis 600 Passagiere mit herüber. Der billige Passagierpreis von 10 Dollars für einen Woy im Durchschnitt veranlaßt Viele, die günstige Gelegenheit zu einem Besuch der alten deutschen Heimath zu benutzen. Der Konkurrenzkampf zwischen den Dampfergesellschaften scheint seinen Höhepunkt erreicht zu haben, eine Enigung würde im gegenseitigen Interesse sein.

Ein Volksaufstand. Am vorigen Sonnabend war zu Dresden auf dem Neumarkt ein Andrang von jungen Männern zu beobachten, so daß man denselben fühllich mit einem Volksaufstand vergleichen konnte. Die Ursache war, daß in einer dortigen Apotheke die Stelle eines Marktbeckers zu besetzen war. Unter dieser großen Menge von beschäftigungslosen Leuten befand sich einer, der 23 Wochen lang vergeblich nach Arbeit gesucht hatte. Und da redet man noch immer von dem Aufschwunge unserer wirtschaftlichen Verhältnisse!

Eine Bergpolizeiverordnung wurde am 1. Oktober vorigen Jahres erlassen, welche vorsieht, daß beim Abbau der mit dem Steinsalz auf der nördlichen Lagerstätte vorkommenden Kalksage die sofortige und vollständige Verfestigung der abgebauten Räume mit Bergen zu erfolgen habe. In den beiden Salzbezirken zu Leopoldsdorf und Stokfurt fand nämlich bis dahin der Pfeilerbau mit Deter- und Füllsteinbetrieb statt, und diese Art des Abbaues hat in beiden Bezirken zu den großen Brüchen geführt. Nach den gemachten Erfahrungen vermögen nämlich die in Verbindung mit dem Steinsalz vorkommenden Kalksage den Witterungseinflüssen nicht genügenden Widerstand entgegenzusetzen, die Säulen unterliegen in Folge dessen einer schnellen Verwitterung, verlieren die erforderliche Tragfähigkeit und erstehen dem auf ihnen lastenden Bergdrucke. Um die dadurch entstehenden Gefahren und Nachteile abzuwenden, ist die veränderte Abbaumethode sowohl in dem preussischen, wie in dem anhaltischen Werke eingeführt worden. Die abgebauten Räume werden möglichst bald mit Bergen, oder an deren Stelle mit Steinsalz, Nische und Fabrikrückständen vollständig ausgefüllt, und auf diesem Wege hofft man weiteren Brüchen und Katastrophen vorzubeugen. Die Maßregel hat eine große finanzielle Tragweite, und in Folge dessen zu einer besonderen Vorlage an den Landtag Veranlassung gegeben. Die neue Abbaumethode erhöht die Gewinnungskosten der Kalksage um etwa 5 Pf. für den Zentner, was im Ganzen eine beträchtliche Summe ausmacht. Es sollen aber auch die alten Grubenbaue durch Ausfüllung gesichert werden, wozu ein Kostenaufwand von 352 600 M. für erforderlich gehalten wird. Diese Ausgaben bedürfen der Zustimmung der Landesvertretung. Es handelt sich um Abwendung großer Gefahren nicht bloß für fremdes Eigentum, sondern auch für Menschen, und deshalb können jene finanziellen Opfer gar nicht in Frage kommen.

Zur Unfallversicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter ist eine in der „Rost. Zig.“ vor einiger Zeit enthaltene, nur aus Beiträgen gezogene Summierung der Beschädigungen nicht ohne Interesse. Die landwirtschaftlichen Maschinen kamen in Mecklenburg-Schwerin 1884 11, 1883 10, 1882 14 schwere Unfälle vor, mit 3, 2 und 4 Tödtungen, 1884 mit 6 und 1883 mit 8 Fällen des Verlustes von wichtigen Gliedern. Außerdem brachte der Landwirtschaftsbetrieb 1882 4, 1883 5, 1884 6 durch Verunglückung herbeigeführte Todesfälle.

London, 2. Februar. Streik. Fast sämtliche Gasrohrlager der Stadt streiken in Folge einer Lohnreduktion von 15 Prozent. Bei Ankündigung desselben wurde sofort von 5000 Arbeitern die Thätigkeit eingestellt und folgte der Rest bald dem Beispiele seiner Kameraden. In einem Meeting wurde beschlossen, den Streik so lange fortzusetzen, bis eine Einigung mit den Arbeitgebern erzielt sei.

Umfang der russischen Industrie. Das europäische Rußland besitzt nach den neuesten Erhebungen gegenwärtig 56 905 Fabriken und industrielle Etablissements, die 854 671 Arbeiter beschäftigen und durchschnittlich jährlich für 1 126 032 674 Rubel produzieren. Auf jede Fabrik kommen durchschnittlich 16,7 Arbeiter und ein Produktionswerth von 19 788 Rubel. Was die allgemeine Zahl der Fabriken und Etablissements anlangt, so sind von ihnen: 1,0 pSt. Zuckfabriken, 7,2 pSt. Webfabriken, 0,2 pSt. Seidenzugfabriken, 0,4 Tabakfabriken, 0,4 Zuckerfabriken, 0,8 Sägemühlen, 0,2 Papierfabriken, 0,1 Baumwollenspinnereien, 1,3 Baumwollspinnereien, 2,3 Bier- und Weibbrauereien, 4,0 Spiritusfabriken und 2,8 Eisen- und Stahlfabriken. Bekanntlich ist deutsches Kapital und deutsche Betriebsamkeit in den industriellen Unternehmungen unseres östlichen Nachbarlandes vornehmlich theilhaftig.

Der Bau einer direkten Eisenbahnlinie von England nach Indien wird zur Zeit in England geplant; das nominelle Kapital ist auf 10 Millionen Pfst. festgesetzt (200 Millionen M.). Die Route soll über Paris, Madrid, Gibraltar, Tanger, Tunis, Tripolis, Kairo, Bagdad, Kelat nach Surabee und Bombay gehen, wobei die in Frankreich und Spanien bestehenden Eisenbahnen benutzt werden sollen. Eine Dampffähre soll den Verkehr von der Bucht von Gibraltar nach Ceuta in Marokko vermitteln; von da soll die Linie an die Eisenbahnen in Algerien und Tunis anschließen und durch Tripolis fortgesetzt werden, um eine Verbindung mit dem ägyptischen Eisenbahnsystem herzustellen. Von Caputen soll die Linie den Suphrat erreichen und entlang der Küste des persischen Golfs zum Hasen von Surabee in Indien führen. An diesem Punkt schließt sich das große Eisenbahnsystem Indiens an, welches die Verbindung mit Bombay, Calcutta und Madras herstellen würde. Die ganze Linie von London nach Bombay hat eine Länge von nahezu 7000 Miles (1750 deutschen Meilen) und soll bei einer Fahrtschwindigkeit von 8 1/2 Meilen per Stunde in 9 Tagen zurückgelegt werden.

Sklaverei in Brasilien. Aufsehen erregende Nachrichten über die grausame Bedrückung der in Brasilien noch immer zahlreich vorhandenen Sklaven erhält der „Courrier des Etats-Unis“. Das Blatt schreibt: „Wenn man sich etwa dem Glauben hingiebt, daß durch die Vorgänge, welche in den Vereinigten Staaten seiner Zeit den Sezessionskrieg und die Abschaffung der Sklaverei herbeigeführt, die Brasilianer gewigtig wären und in Rücksicht auf den Standpunkt der gesamten modernen Gesellschaft gegenüber der Sklaverei sich irgendwie zu einer milden Behandlung ihres „fabigen Eigentums“ bewegen könnten, so befindet man sich in einem großen Irrthum. Szenen, wie sie aus Mrs. Bremer-Stowes „Onkel Toms Hütte“ zum wärmsten Mitgefühl mit den armen Schwarzen und zur tiefsten Empörung gegen ihre weißen „zivilisierten“ Tyrannen hinreichen, sind in Brasilien noch heute an der Tagesordnung. In der Provinz Parana bei der Stadt Los Angeles ließ beispielsweise ein Farmer Namens Pedro Valoo's seinen Sklaven Ramon, weil dieser seinem unmenlichen Herrn hatte entweichen wollen, gefesselt in einen Termitenhäufen (Termiten heißt bekanntlich eine Art großer Ameisen) werfen, so daß der Bedauernswerte von den Stichen der peinigenden Insekten ganz bedeckt und vor Schmerz fast wahnsinnig wurde, ohne sich wehren zu können. Drei Nordamerikaner, die durch Zufall an der Stelle vorüberkamen, wo der arme Schwarze in seinen unglücklichen Qualen sammelte, befreiten ihn und zogen seinen Herrn vor Gericht zur Verantwortung. Zur Charakterisirung der Brasilianischen Gerechtigkeit sei bemerkt, daß diese Unthat straflos ausging. Die barbarischen Strafen alle aufzuzählen, mit denen Brasilianische Pflanzer gegen ihre Sklaven bei den geringsten Anlässen verfahren, würde das Gefühl jedes Europäers auf's Höchste verletzen. Noch widerlicher wäre eine genaue Schilderung der durch die Weigen geschaffenen Familienverhältnisse ihrer schwarzen Sklaven, da die Ehesitten, um ihrer Wollust zu fröhnen oder um gewisse Vortheile zu erreichen, die abwechselnde Dinge von ihrem „schwarzen Eigentum“ verlangen. Der „Courrier des Etats-Unis“ plaidirt, auf diese Verhältnisse hinweisend, für eine „friedliche Intervention“ seitens der Europäischen Mächte und Nordamerikas, damit die Sklaverei „allmählig und legitim“ auch in Brasilien abgeschafft würde. Das aber hieße, die Erledigung dieser Frage doch nur von Neuem auf die lange Bank schieben. Wir unsererseits sehen nicht ein, warum die Sklaverei in Brasilien nicht sofort und gänzlich soll abgeschafft werden können. Eine Intervention in diesem Sinne wäre durchaus gerechtfertigt und geboten.

Folgende Petition der Näherinnen geht von München aus dem Reichstag zu: An den hohen Reichstag wenden wir uns mit der inständigen Bitte, die vorgeschlagene Follerhöhung auf Automobilen, zum Einzelverkauf vorgerichteten, baumm. Nähfadens nicht annehmen zu wollen. Die Näherinnen liefern zu ihrer Arbeit den Nähfaden selbst und die in Folge der Follerhöhung unausbleibliche Preiserhöhung des Nähfadens würde von ihnen ganz allein getragen werden müssen, weil sie nicht im Stande wären, dieselbe auf ihre Arbeitgeber abzumäßen; d. h. ihr, besonders bei den Handnäherinnen, geringer Verdienst würde um ein Beträchtliches sinken und die durch eine Erhöhung des Jolles von 70 auf 120 Mark für 100 Kilogramm verursachten Mehrkosten eine direkte ihnen auferlegte Steuer sein. Am drückendsten würde die Follerhöhung auf das baumm. Nähmaschinen Garn empfunden werden, welches die Näherinnen fast ausschließlich benutzen. Für gewisse Theile der Nähfabrikation ist das englische Garn unentbehrlich, andererseits würde selbstverständlich das deutsche Garn mit Eintritt des Jolles im Preise steigen, die Arbeiterin also zu Gunsten der deutschen Garnfabriken den höheren Preis zu zahlen haben. Außerdem würde sich bei baumm. Nähmaschinen Garn der Joll doppelt so hoch, als auf alle anderen von der Jolkontrolle bedrohten Baumwollengarne stellen, weil dasselbe auf Holzrollen gespult in den Handel kommt, und nur in dieser Form allein für die Nähmaschine brauchbar ist. Die Holzrolle hat durchschnittlich die gleiche Schwere als das Garn selbst. Der vorgeschlagene Joll von 120 Mark für 100 Kilogramm würde also thatsächlich von 50 Kilogramm wirklichem Nähfaden und 50 Kilogramm werthlosen Holzrollen getragen werden, und sich sonach für 100 Kilogramm reines Garn nicht auf 120 Mark, sondern auf 240 Mark beziffert. Mit größter Hochachtung (folgen die Unterschriften.)

Vereine und Versammlungen.

Der Arbeiter-Bezirksverein der Rosenthaler Vorstadt hielt Montag, den 23. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, in Neu-Bahalla, Schönhauser Allee 156, seine regelmäßige Versammlung ab. Des hochwichtigen Themas wegen war ein zahlreiches Publikum erschienen, jedoch mußte der Vorsitzende mit Bedauern die Mittheilung machen, daß der Referent, Herr Heymann, nicht erschienen sei und sich dieselbe entschuldigt hatte. Anstatt seiner übernahm nunmehr der cand. med. Herr Bolowier das Referat über „Athmung und Blutcirculation.“ In einem fast 1 1/2 stündigen Vortrage veranschaulichte Redner unter recht drastischen Beispielen die Haupttheile des menschlichen Körpers, und wurde ihm für seinen Vortrag von den Anwesenden, welche mit gespannter Aufmerksamkeit zugehört hatten, mit lautem Beifall gedankt. Mit welchem Interesse Anwesenden dem Vortrage gefolgt waren, ging ferner aus der dem Vortrage folgenden Diskussion hervor, an welcher sich die Herren Flehmert und Becker theilnahmen. Zum Punkt 2, Verschiedenes, übergehend wurden vom Schriftführer zwei an den Reichstag gerichtete Petitionen vorgelesen und dieselben nach einer hierauf bezüglichen Diskussion einstimmig angenommen. Ein Antrag, dahin gehend, zum 15. März eine Herren-Zusatzpartie zu arrangiren, wurde von der Versammlung unter großer Majorität akzeptirt. Zwei weitere Anträge: „Petitionen an den hiesigen Magistrat zu richten um 1. Errichtung einer Sanitätsstation in der Rosenthaler Vorstadt und 2. um Regulirung der Schweinehundestrafen von der Demminer- bis zur Klagenstraße“ wurden ebenfalls von der Versammlung angenommen. Zum letzten Punkt der Tagesordnung „Fragekasten“ wurden zahlreiche und interessante Fragen vorgelesen, darunter viele, welche durch den Referenten selbst beantwortet und erledigt wurden. Zum Schluß machte der Vorsitzende noch darauf aufmerksam, daß die nächste Versammlung Montag über 14 Tagen stattfindet und sei es Wunsch des Vorstandes, daß diese Versammlung ebenso zahlreich besucht werde.

Die Versammlung der Werkstatt-Delegirten der Tischler am Dienstag Abend, Aite Jakobstr. 37, war außerordentlich zahlreich besucht. Auf der Tagesordnung stand zunächst Abrechnung vom Generalfonds für die letzten 6 Wochen. Dieselbe ist am Sonntag erfolgt und von den Revisoren für richtig befunden worden. Da die Durchführung der Minimallohntarife nahe bevorsteht, wird laut Beschluß der Kommission der Bestand des Generalfonds geheim gehalten werden, doch konstatirt Herr Ködel einen bedeutenden Zuwachs. — Ferner beantragte derselbe Namens der Kommission, bis auf Weiteres nur in Folge von Lohnreduktionen entstandene Streiks aus dem Generalfonds zu unterstützen, welcher Antrag durch das Votum der Delegirten zum Beschluß erhoben wurde. Es folgten die Berichte über die Arbeitseinstellungen bei Markt, Breikler, Reumeier und Wäpke, von denen die erste weiter unterstützt wird, die beiden folgenden bezeugt sind und die letztere, entgegen dem vorgeschlagenen Beschluß, neu unterstützt wird, da die hier gezahlten Preise eine Lohnreduktion unbedingt notwendig machen. Im Anschluß hieran wurde eine Reihe von Unterstützungsersuchen genehmigt. Sodann machte Herr Ködel Mittheilungen über den erfolgten Ausschluß der Tischler in Lüneburg (Hannover), welche Angelegenheit der

Zentralverband in die Hand genommen hat. Zu erwähnen ist noch der Antrag, welchen der Vorstand des Fachvereins der Möbelpolirer bei der Lohnkommission der Tischler gestellt hat und der die Rückzahlung der den Tischlern beim großen Streik im vorigen Jahre von den Möbelpolirern gewährten Entschädigung in Höhe von 100 M. verlangt, da diese Summe sich wiederum den streikenden Knopfarbeitern und Metallarbeitern aufzulegen soll. Die Versammlung ging über diesen Antrag zur Tagesordnung über.

Drei Tischlerversammlungen finden heute, Donnerstag Abends 8 1/2 Uhr statt. 1. Versammlung Invalidentheile 16 in Viebrucht. Tagesordnung: Die Arbeitseinstellung bei Viebrucht, Brunnenstr. 106. Referent: Tischler G. Ködel. — 2. Versammlung der Spiegelahmarbeiter bei Keller, Andreaskstr. 11. — 3. Versammlung sämtlicher Bettfedermacher bei Wohlfahrt, Mantuffelstr. 9. Tagesordnung der zwei letzten Versammlungen: Beschlußfassung über den von den Meistern abgeforderten Minimallohnarif.

May's Sängerbund, ein aus der freireligiösen Gemeinde seit 1 1/2 Jahren durch seinen Leiter Herrn L. May gebildeter Gesangsverein für gemischten Chor, feierte am Sonntag, den 22. d. M., in den reichdecorirten Sälen des Schützenbaus Vintenstraße 5 von Nachmittags 5 Uhr an ein wohlgeordnetes und zahlreich besuchtes Familienfest. Das Programm enthielt außer einer Anzahl Quartette verschiedene Solopiecen für Sopran und Bariton, ein Couplet und ein Polypourri sowie Inhalts wie auch heitere Deklamationen. Sämmtliche Vorträge wurden mit Beifall aufgenommen. Tanz und sonstige Vergnügungen hielten die Besucher bis Mitternacht in baromonischer Stimmung vereint. May's Sängerbund hat wieder einmal bewiesen, daß er, Dank der energischen Leitung und Dank der konsequenten Ausdauer und Pünktlichkeit seiner circa 40 Mitglieder, praktisch und gemüthlich, billig und würdig seine Thätigkeit gestalten versteht.

Allen Dreckslern und Kupferarbeitern zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 26. d. M., Abends 8 1/2 Uhr in „Deutschen Kaiser“, Vorbringerstr. 37 eine öffentliche Versammlung stattfindet. Da die Wogen der Lohnbewegung in unserer Gewerbe sehr hoch gehen, so ist es Ehren-Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Kleine Mittheilungen.

Aus Hamburg wird geschrieben: Der Senator Dr. R. W. Croy ist hier selbst gestorben. Der Verstorbenen hat sich um den Fortgang einer gesunden und freireligiösen Entwicklung unserer Arbeiterverhältnisse bedeutende Verdienste erworben, deren Wirkung weit über die Grenzen des kleinen Hamburgischen Staates hinausreicht und besonders überall fühlbar geworden ist, wo die in Hamburg domizilirende seiner Oberaufsicht unterstellten Centralarbeitslosen-Kassen seine oder auch nur vereinzelt Angehörige haben. Gerade in der gegenwärtigen Lage dürfte es besonders angezeigt sein, den in Wahrheit verdienten Dank für diesen Ehrenmann nicht hinwiederum zu schließen, sondern recht mit Nachdruck zu betonen, zur Beschämung für alle die Nachtgespenster, welche in Deutschland nur von einem „verwilderten Arbeiterstande“ wissen.

Böhmed, 16. Februar. Wieder ist ein Strodel der Arbeit aus der „besten aller Welten“ geschieden. Am 10. d. M. brachte unsere Lokalpresse folgende Notiz: „Heute Vormittag erlitt sich in seiner Wohnung der seltene Spinnmeister D. Lebensüberdruß mag wohl das Motiv der That gewesen sein. Der freiwillige Tod des ehemaligen Spinnmeister D. D. ist ein allgemeines Bedauern und gerechte Entrüstung hervorgerufen. Jahrgedachte hatte derselbe als Spinnmeister fungirt und war in Folge seines lahmen Beines nicht mehr leisten konnte, und in vierzehn und mehrstündiger Arbeitszeit gequält wurde er von seinen „Brodbretern“ wie ein abgenutzter Schuh erlitt, entfernt.“ Der Verstorbene versuchte nun verschiedene Art und Weise, sich und die Seinen zu ernähren, ehrlichen Arbeiter, nachdem er, wie gesagt wird, nicht mehr in der Lage war, seinen Brodbretern, und deren Angehörigen um ein Darlehen zur Verzögerung seines Lebens nachgesucht, in den Tod. Daß D. lange Jahre treu und fleißig seiner Stellung vorgestanden, zählt in unserem Leben, wo der Egoismus seine schönsten Blüten treibt, nicht wenig. Für's Gewesene giebt selbst der Jude nichts.“ „Der lange die Arbeiter kräftig und gesund hielt, werden sie gebraucht, alzu lange Arbeitszeit macht dieselben schließlich zu Invaliden und wenn dieselben das nicht mehr zu leisten vermögen, was die Herren Unternehmer verlangen, so steht ihnen die „ewig junge Mutter Natur“ zur freien Verfügung.“

Aus Thüringen, 20. Februar. Die Verhaftung einiger angeblicher Falschmünzer im Weimarer Theater, die vor einigen Tagen stattfand, hat sich als Folge eines eigenthümlichen Verwechslung herausgestellt. Die Betreffenden hatten in Weimar am Nachmittags Marktstücke ausgegeben, die gefälscht sein sollten und wurden deshalb im Theater arreirt. Nun stellte sich aber bei der Vernehmung heraus, daß die Marktstücke nicht waren. Dem Einen der Verhafteten war bei seiner Abreise von Hause das Mißheur passiert, daß ihm der Stabthermometer zerbrach. Um das stützige Quecksilber aufzufangen, hatte er sein Portemonnaie benützt. Das Quecksilber hatte sich mit den silbernen Marktstücken vermischt — und die Weimarerische Polizei glaubte, Falschmünzer entdeckt zu haben. Natürlich wurden die Leute sofort freigelassen.

Briefkasten der Redaktion.

34. Getreidezoll. Es steht den Landwehren oder Arbeitervereinen natürlich das Recht zu, über die Aufnahme von Personen in ihren Verband zu entscheiden. Da diese Vereine aber durchaus keinen dienstlichen Charakter haben, wie Sie annehmen scheinen, so können Sie sich auch über Ihre Aufnahme nichts allzu sehr beschweren. Im Uebrigen besten Dank.

Gausfrau. Eisen- oder Koffische werden durch Backpulver, dem Salz beigemischt wird, entfernt. Eine mittelgroße Zitrone wird in eine Porzellanschale ausgepreßt, eine kleine Messerspitze voll Kochsalz dazugegeben, der Fleck damit abgerieben und schließlich in reinem warmen Wasser ausgewaschen. Mit dem Weiden nicht möglich, benützt man einen Schwamm.

Bei gefärbten Stoffen ist Vorsicht nöthig.

H. D. G. Richtig ist eine solche Reise für Sie als Schloffer auf keinen Fall. Wenn Sie durchaus dorthin wollen, so müssen Sie das auf Ihre Kosten thun. Die Schiffe gehen jedenfalls von Hamburg ab.

K. J. J. Ein Mittel gegen Frost in den Händen: 20 Pf. Galläpfel gestoßen und in einer Abochung davon haben. Das hilft gewiß. In Bezug auf die übrigen Fragen werden Sie sich an einen Arzt.

Physiker. Sie verwechseln Thermometer mit Barometer. Schlagen Sie in irgend einem Lehrbuch der Physik nach. Alter Abonnent, Fürstenthr. Sie fragen: „Wo befindet sich das Bürger-Religions-Institut?“ Wir hatten früher eine diesbezügliche Mittheilung gemacht, die uns auf unserem Besuche entgegen war, daß sich ein solches Institut am Gensdarmenmarkt befindet. Näheres wissen wir selbst nicht. Vielleicht ist derjenige, der uns früher Auskunft gab, so freundlich, seine Angaben jetzt etwas genauer zu machen.

G. R. 1885. Sie müssen sich der neuen Drucksätze anschließen und können in der Meyer'schen nur noch freimüthig Mitglied bleiben.

Ueber die französische Arbeiterversicherung

Schreibt Max Schippel in der Wiener „Deutschen Wochenschrift“:

Man machte in Frankreich dieselbe Erfahrung, wie man sie in England und Deutschland bekanntlich auch gemacht hat: für kleinere Unterstützungen, in erster Linie also für Kranken- und Begräbnisbeihilfe, reichte die Kraft und Vorsicht der freien Vereine aus; sie übernahmen aber auch die Gewährung regelmäßiger Altersrenten, sie wollten für die Witwen und Waisen sorgen, und das überstieg ihre Leistungsfähigkeit. Bei der Altersvorsorge „muss auf Jahre hinaus vorgeesehen werden, weil erst dann die Ausgaben, aber so plötzlich und in solcher Höhe kommen, dass eine Aufbringung derselben durch Umlagen nicht möglich ist, sondern Jahre vorher mit dem Zurücklegen entsprechender Beträge begonnen werden muss. Hierzu besaßen die Arbeiter jedoch nicht die nöthigen Kenntnisse; es ist ja die Berechnung der Beträge nach Todesstufen, die zweckmäßige und sichere Anlage bedeutender Kapitalien notwendig. Und selbst unter Zugrundelegung von Todesstufen konnten die aufgestellten Berechnungen wegen der Kleinheit der Beträge, die allen Zufälligkeiten des Absterbens den weitesten Spielraum ließ, zu keinem sicheren Resultate führen. Viele Vereine konnten demnach ihre Verpflichtungen nicht halten und lösten sich auf, wenn die Zeit heran kam, eine größere Zahl ihrer Mitglieder das Alter erreichte, mit dem sie in den Bezug der Altersrente treten sollte“.

Die Gesetzgebung stand nunmehr vor der Aufgabe, einmal den Vereinen die Erfüllung ihrer berechtigten Aufgaben zu erleichtern, andererseits aber, ihnen die Altersvorsorge abzunehmen und für dieselbe eine neue Organisation zu schaffen. Das letztere geschah nach mancherlei Kalkülen durch das Gesetz vom 18. Juni 1850, betreffend die Gründung der Altersrentenkasse. Bei derselben kann man bis zur Höhe von 1500 Francs pro Kopf beliebige Renten mit Bezugsbeginn zwischen fünfzig und sechzig Jahren, mit oder ohne Rückzahlung des Kapitals nach dem Tode, versichern. Die Einzahlungen können in beliebigen Zwischenräumen und in einer beliebigen Summe von Francs erfolgen, wenn letztere nur 5 Francs übersteigt und 3000 Francs jährlich nicht überschreitet. Arbeiter, welche wegen periodischer Erwerbslosigkeit, wegen Krankheit und anderer unglücklicher Ereignisse regelmäßige Beiträge nicht zu entrichten vermögen, wird hierdurch der Beitritt ungemein erleichtert. Nun erscheint also die Gesamtrente als eine Summe von Einzelrenten, hervorgebracht durch Zahlung von je 5 + x Francs. Die centralistische Kasseneinrichtung erlaubt auch noch einer anderen Unregelmäßigkeit der Arbeiterbeiträge zu begegnen, der Unregelmäßigkeit des Einzahlungsplans nämlich. Es wurde bestimmt, daß die Einzahlung des Arbeiters und die ihr entsprechende Rente in ein auf seinen Namen lautendes Rentenbuch eingetragen werden sollte; nun mag der Arbeiter hingehen, wohin er will, er mag noch so oft den Ort seiner Beschäftigung wechseln: er kann stets bei der nächsten Einzahlungsstelle einzahlen; und wo auch immer der Arbeiter seine Rente erworben, wie oft er den Ort seines Aufenthalts gewechselt haben mag, es geht ihm keine Einzahlung verloren, sondern er bezieht schließlich an dem von ihm gewählten Orte die Summe aller Renten als Altersrente. Damit war die Altersversicherung den Arbeitervereinen nach Möglichkeit angepasst. Eine Förderung des erstrebten Zieles versprach man sich auch davon, daß die „Hilfsvereine“ auf die Namen ihrer Mitglieder Zahlungen machen konnten, und so durch die Vereine Mancher versichert wurde, der es aus individuellem Antriebe nicht gethan haben würde.

Noch stellten sich für die Vereine durch diese Art der Einzahlungen auf den Namen eines Mitgliedes bald verschiedene Schwierigkeiten heraus. Wenn der Betreffende nicht mehr Vereinsmitglied blieb, so blieb er doch im Besitz des auf seinen Namen lautenden Rentenbuches, bezog also in seinem Alter die Rente. War ferner der Verein die Versicherung unter der Bedingung eingegangen, daß ihm das eingezahlte Kapital nach dem Tode des Bezugsberechtigten zurückzuerhalten würde, so mußte er seine Mitglieder eigentlich auf Schritt und Tritt bis zum Grabe verfolgen, weil das Kapital nur in der Höhe der Einzahlungen, ohne Zinszuwachs, zurückgegeben wird, jede Verdrügerung also einen Zinsverlust mit sich brachte. Die Bildung der Altersrentenfonds half diesem Uebelstande ab. Die Vereine sammelten danach, mit ziemlich beträchtlichem Staatszuschusse, ein Kapital an, von dem sie dann jährlich so viel an die Altersrentenkasse zum Rentenlauf einzahlten, als sie zur Unterstützung der gerade vorhandenen Altersinvaliden brauchten. Der Verein mochte also nicht mehr wie früher eine Reihe von regelmäßigen Jahreszahlungen, sondern eine einmalige Kapitalzahlung in dem Augenblicke, wo der Bezug der Rente beginnen sollte, so daß nur noch Mitglieder in den Rentenerguß treten konnten. In einer Generalversammlung hat dann der Verein diejenigen seiner mindestens 10 Jahre Mitgliedschaft und 50 Jahre Lebensalter aufweisenden Mitglieder zu wählen, welchen er eine Altersrente geben will, und die Höhe derselben zu bestimmen.

Die Hilfsvereine erfuhren eine verschiedene Behandlung seitens der Gesetzgebung, je nach dem Grade, in dem sie sich der Einflußnahme der Regierung unterstellten. Die zugelassenen Hilfsvereine konnten vom Präfekten jeder Zeit ohne Weiteres aufgelöst werden, sie sind aber in ihrer Verwaltung vollständig frei, haben jedoch kein weiteres Recht, als nach dem Sparfassen gesetz vom 30. Juni 1851, bis 8000 Francs bei der Sparkasse einzuzahlen. Die genehmigten Vereine lassen ihren Präsidenten durch die Regierung ernennen; sie können wegen schlechter Verwaltung, Mißbrauchsführung der Statuten oder Gesetzübertretung aufgelöst werden. Dagegen können sie Geschenke und Vermächtnisse annehmen, bis zum Werthe von 5000 Francs mit Genehmigung des Präfekten, Immobilien miethweise,

Mobilien eigenthümlich besitzen; sie erhalten Staats- und Gemeindeunterstützung und haben eine Reihe kleiner Privilegien; sie dürfen bei den Sparkassen bis 1000 Francs pro Mitglied einzahlen und Bestände über einen bestimmten Betrag hinaus von der Staatsdepositenkasse verwalten lassen. Die Statuten müssen die Gewährung von zeitlich beschränkter Unterstützung an die erkrankten, verunglückten oder gebrechlichen Mitglieder versprechen; sie dürfen Altersrenten, aber keine Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu sichern. Die Benützung des Altersrentenfonds steht nur den genehmigten Vereinen frei, die zugelassenen müssen wie früher ihre Mitglieder bei der Altersrentenkasse einlaufen oder die Pensionen aus ihren Vereinsinnahmen bestreiten.

Die Hilfsvereine haben zweifellos in Frankreich eine bedeutende Entfaltung erreicht. Die genehmigten Vereine haben — von ihren Altersrentenfonds abgesehen — im Jahre 1881 insgesamt 15 1/2 Millionen Francs eingenommen, 11 1/2 Millionen ausgegeben und besaßen Ende 1881 einen Gesamtfonds von 75 Millionen Francs und 826 013 Mitglieder. Die zugelassenen Vereine nahmen 7 1/2 Millionen Francs ein, gaben 6 1/2 Millionen Francs aus und besaßen am 31. December 1881 23 1/2 Millionen Francs Kapital, 300 920 Mitglieder.

Die Altersversicherung ist leider nur schwach entwickelt. Die Altersrentenkasse wird von den zugelassenen Vereinen wenig benützt, sie wenden eine viel größere Summe (1881 700 000 Francs) direkt aus ihrer eigenen Kasse zu Altersrenten auf. Die genehmigten Vereine geben ebenfalls direkt Unterstützungen an Alte und Gebrechliche, sie leisten ferner aus Vereinsmitteln Zahlungen auf die Namen von Mitgliedern bei der Altersrentenkasse; in der Hauptsache aber gebrauchen sie für diese Zwecke die durch das Dekret von 1856 eingerichteten Altersrentenfonds, weil sie hier eine ihren Zahlungen proportionale Staatssubvention erhalten, welche direkten Einzahlungen bei der Rentenrente nicht zu Gute kommt. Die Renten, welche von dem bei der Altersrentenkasse eingezahlten Theil der Fonds gegeben werden, sind trotzdem sehr unbedeutend. Sie theilten sich 1881 in folgende Kategorien:

300—500 Francs	80
200—300 „	308
150—200 „	639
100—150 „	1412
30—100 „	10 861

Das Alter der gewählten Pensionäre betrug 1881 65 Jahre 3 Monate und 3 Tage im Durchschnitt, die mittlere im Vereine verbrachte Zeit 24 Jahre und 24 Tage. „Im Alter von 65 Jahren, nach 24jährigen Zahlungen möglicherweise — wenn die Wahl so fällt — eine Rente von 70 Francs zu erhalten, das ist noch keine sehr glänzende Aussicht.“

Lebens- und Unfallversicherung liegen aber in Frankreich noch mehr darnieder. Bei der Diskussion über die Reform der Altersrentenkasse am 15. März 1883 wies der Minister Waldeck-Rousseau darauf hin, daß bei der Lebensversicherungskasse nur 13 000 Hilfsvereinsmitglieder für den Fall ihres Todes ihrer Familie ein kleines Kapital gesichert hatten, und daß die Unfallversicherungskasse „eigentlich überhaupt nicht in Betrieb gesetzt“ worden sei.

Man sieht, die Arbeiterversicherung bedarf auch in Frankreich sehr dringend einer gründlichen Reform und Erweiterung und man darf jedenfalls gespannt sein, welche Richtung die französische Gesetzgebung zu diesem Zweck in der nächsten Zukunft einschlagen wird.

Politische Uebersicht.

Ein ungenannter Mann beschäftigte bei Gelegenheit der Berathung des Etats das preussische Abgeordnetenhaus. Dieser Mann, dessen Name im Abgeordnetenhaus nicht erwähnt wurde, ist der vor Kurzem zum außerordentlichen Professor an der Berliner Universität ernannte Herr Dr. Schwenniger, derselbe Arzt, welcher mit Glück bei dem Herrn Reichkanzler die sogenannte Entsetzungsur vorgenommen hat. Man beschwerte sich über die Ernennung dieses Mannes zu dem oben erwähnten Amte aus zwei Gründen; erstens deshalb, weil die Ernennung erfolgt ist unter Außerachtlassung der Befragung der Fakultät und zweitens, weil der zu dieser hohen Stellung Berufene nicht würdig sei, diese Stellung zu bekleiden. Der Kultusminister bestritt das formelle Anrecht der Fakultät, aber die Ernennung eines außerordentlichen Professors befragt zu werden, und führte bezüglich des zweiten Punktes an, daß der ernannte Herr sich durch sein Verhalten rehabilitirt habe. Der konservative Abgeordnete Graf Limburg-Sturum bemühte sich, dem Kultusminister beizustehen, während der ebenfalls konservative Herr v. Meyer-Arnswalde sich nicht ganz mit den vorgetragenen Ansichten seiner Parteigenossen vom eiblichen Standpunkte aus einverstanden erklärte. Die Herren vom Centrum schwiegen sich grundsätzlich aus, vielleicht hatten sie alle Ursache dazu. Damit war vorläufig diese Angelegenheit erledigt. Nach den jetzt vorliegenden Nachrichten wird dieselbe aber noch einmal zur Sprache kommen und zwar gelegentlich der zweiten Berathung des diesbezüglichen Etats. Der Abgeordnete Dr. Siern hat nämlich folgenden Antrag gestellt: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Von dem im Kap. 119 Tit. 2 (Zusatz für die Universität in Berlin) des Etats des Ministeriums der geistlichen, Unterrichts- und Medicinalangelegenheiten geforderten Mehr ausgaben von 115 240 Mark, die laut der dem Etat beigegebenen Bemerkungen ad 5 „zur Errichtung einer außerordentlichen Professur für Dermatologie, Gehalt und Rechnungsgeldzuschuß“ gefordert sind 3900 M. nicht zu bewilligen.“ Wenn dieser Antrag angenommen würde, so wäre der Herr Dr. Schwenniger beiseite, da der Antrag das Gehalt für ihn verweigert. Doch davon kann bei der Zusammenfassung des Abgeordnetenhauses nicht die Rede sein. Es wird also wieder eine längere Debatte geben und im Uebrigen Alles beim Alten bleiben. — Unsere Leser haben aus den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses die Thatsachen, welche gegen Herrn Schwenniger sprechen, kennen gelernt. Angesichts dieser Thatsachen waren die Abgg. Dittichel und Virchow gewiß zu ihren Beschwerden berechtigt und namentlich deshalb, weil man sonst in Bezug auf solche Punkte eine große Beilichkeit an den Tag zu legen pflegt. — Es kann aber wohl keinem gebildeten Menschen einfallen, zu verlangen, daß Jemand, der sich einmal in

seinem Leben — wir wollen sagen „unkorrett“ — benommen hat, dafür bis an sein Lebensende büßen soll. Ein solches Verlangen ist weder christlich noch menschlich; es ist grausam. Und von diesem Gesichtspunkte aus können wir uns vollständig mit den Ansichten des Ministers, die dahin gehen, daß eine Rehabilitirung stattfinden könne, einverstanden erklären. Wir möchten in diesem Punkte sogar noch weiter gehen, denn heute steht man nur verächtlich auf diejenigen herab, welche der strafenden Hand der Gerechtigkeit einmal verfielen, während diejenigen, welche „glücklich“ oder sagen wir lieber „gerieben“ genug waren, aus den Maschen der Gesetznetze zu entschlüpfen, als „hochachtbare“, „unbescholtene“ Bürger gelten. Und wer vermag zu behaupten, daß er in seinem Leben niemals sich gegen die Gesetze verging? Der so beliebte Ruf: „Herr ich danke Dir, daß ich nicht bin wie jene Leute oder jener Mann“ ist durchaus nicht am Platze; diejenigen, welche sich in solcher Weise mit ihrer Moral brüsten, haben den Begriff Moral nie kennen gelernt. Und darum soll man auch nicht gegen einen Mann sozial Geschrei erheben, weil er vielleicht einmal in seinem Leben gesündigt hat. Anders freilich stellt sich die Sachlage, wenn man dieselbe von der anderen Seite betrachtet. Wir haben erst vor einigen Tagen in der „Nord. Allg. Ztg.“ gelesen, daß einigen Hamburger Lehrern von einem anders gesinnten dortigen Bürger der Vorwurf der Unmoralität gemacht wurde, weil sie sich öffentlich als Demokraten gezeigt hatten. Genanntes Blatt hat in der breitesten Weise seine Sympathie mit dem moralischen Bürger bekundet; das fordert geradezu zu einem Vergleiche heraus, der zu Ungunsten des „ungenannten Herrn“, für den man von Seiten der Freunde der „Nord. Allg. Ztg.“ mit so großer Wärme eintritt, ausfällt. Also Toleranz viel Toleranz! fehlt heute noch und vor allen Dingen möge man das alte hausbackene Sprichwort von dem Glasbause nie vergessen.

Was ist Kriegskontrebande? Diese Frage wird aller Voraussicht nach in der nächsten Zeit die Öffentlichkeit beschäftigen. Die „Voss. Ztg.“ bemerkt in Betreff dieser Frage: Durch die Erklärung der französischen Regierung, daß sie während der Feindseligkeiten mit China den Reiz unter die Gegenstände der Kriegskontrebande rechne, ist eine völkerrechtliche Streitfrage, die seit Jahren nur in rein akademischer Weise diskutiert wurde, in actualer und zudem wesentlich verschärfter Form aufgeworfen worden. Der Forderung, daß Rohlen als Kontrebande zu betrachten seien, kann man eine gewisse Berechtigung nicht absprechen, da sie sich immerhin als einen Theil der Ausrüstung der feindlichen Schiffe qualifiziren, deren Aktionsfähigkeit von dem Besitze oder Nichtbesitze der Steinkohlen abhängig; trotzdem ist ihnen von einer ganzen Anzahl von Mächten der Charakter der Kriegskontrebande bestritten worden. Die jetzt von der französischen Regierung beliebte Ausdehnung der letzteren auf menschliche Nahrungsmittel giebt aber der Frage eine ganz neue Wendung. Wenn dieselbe Geltung erlangt, so wird der ganze Begriff der Kriegskontrebande thatsächlich hinfällig, denn es dürfte sich kaum ein Gegenstand finden lassen, der sich nicht mit dem gleichen Rechte diesem Begriffe unterstellen ließe. Die Veröffentlichung der Note des französischen Botschafters scheint allerdings darauf hin zu deuten, daß Deutschland keinen Einspruch gegen die französische Maßregel erheben wird, obwohl davon auch deutsche Interessen berührt werden, da die zahlreich in der chinesischen Küstenschiffahrt beschäftigten deutschen Segelschiffe, auch an dem Handel dieses wichtigsten Nahrungsmittels theilhaftig sind. Indessen kann Deutschland ruhig davon absehen, in dieser Frage die Initiative zu ergreifen, da die übrigen seefahrenden Länder, England an der Spitze, diese neueste Interpretation des internationalen Seerechts sicher nicht widerspruchslos hinnehmen werden. Der Gedanke, auf einer neuen Konferenz das Weil der Pariser Konferenz von 1856 fortzusetzen und zu vollenden, erhält dadurch neue Nahrung.

Frankreich.

Die Einweihung der Statue Ledru Rollin's fand unter zahlreicher Theilnehmung statt. Unter den Anwesenden befanden sich die Minister Waldeck-Rousseau, Tirard, Ragnal und Rouvier, sowie zahlreiche Deputirte und Senatoren. Floquet, Madier de Montjau und drei andere hielten Reden, in welchen sie Ledru Rollin als den Urheber des allgemeinen Stimmrechts feierten. Die Feierlichkeit verlief ohne jede Störung.

Der Senat stellte den Kredit von 305 000 Frs. für Freistellen in den Seminaren, welche die Deputirtenkammer gestrichen hatte, wieder her. Die Wahl des Euro-Departement, bei welcher Osmy gegen den Herzog von Broglie mit einer Majorität von 10 Stimmen gewählt worden war, wurde für gültig erklärt.

Der Deputirte Andrieux, der in seinen „Erinnerungen eines Polizeipräsidenten“ auch Enthüllungen über den Freimaurerbund gemacht hat, ist aus seiner Loge zu Lyon ausgestoßen und für unwürdig erklärt worden, je wieder dem Freimaurerbunde anzugehören.

Ägypten.

Nach den neueren Nachrichten befand sich der General Buller am 21. immer noch bei Abu Klea. Im Laufe des 18. war es gelungen, die Araber durch eine Kriegsklist von den das Lager beherrschenden Höhen zu vertreiben. Major Wardrop schlich sich nämlich mit ein paar Leuten in die rechte Flanke und in den Rücken der Sudanesen und ließ von hier aus Schnellfeuer auf sie geben, was dieselben zum Rückzug bewog, da sie sich von größeren Abtheilungen umgangen glaubten. Die ganze Aktion vom 17. und 18. scheint von sudanesischer Seite übrigens nur eine gewaltsame Rekonnostrirung gewesen zu sein. General Buller's Lage bleibt also, da er aus Mangel an Transportmitteln am Weitermarsch gehindert ist, immer noch sehr bedenklich und wird von Tag zu Tag, je länger er in Abu Klea zu bleiben gezwungen ist, gefährlicher.

Nach einer Mittheilung des „Daily Telegraph“ aus Kairo behauptet eine „gute eingeborene Autorität“, daß der Mahdi den ägyptischen Garnisonen am Weißen Nil, in Sennaar und den Äquatorialprovinzen freien Abzug durch die Linien der Aufständischen angeboten habe, jedoch unter der Bedingung, daß sie ihre Waffen abgeben.

Großbritannien.

Im englischen Unterhause hat im Fortgang der Berathung über den Northcote'schen Antrag der Abg. Goschen das Wort ergriffen, der, einst Mitglied des Gladstone'schen Kabinetes der Jahre 1868 bis 1874, fast seit Jahren eine unabhängige Stellung gewahrt, aber stets als echten Liberalen sich erwiesen und sich selbst so bezeichnet hat. Er erklärte, er könne die Verwendung englischer Truppen zur Niederwerfung der Macht des Mahdi nur dann unterstützen, wenn die Regierung Chertum seiner Zeit nicht wieder räumen lasse, ohne für

Die Stämme, die England beistand geleistet hätten, Sicherheit geschafft zu haben. Ebenso wüsste er die Befegung von Verber, entgegengesetzten Falls werde er für den Antrag Korth-cote's stimmen. Golschen ist vor Allen ein gründlicher Kenner der ägyptischen Verhältnisse. Er verlangt in der Hauptsache, daß in Ägypten der Reim des nationalen Lebens erhalten und entwickelt werde, worin er also mit der Regierung übereinstimmt. Sein Wort hat bei der liberalen Partei noch immer große Bedeutung gehabt.

Die Einschiffung der Truppenteile nach Suakin am Roten Meere geht jetzt rasch von Statten. Am Donnerstag hat sich das 1. Bataillon der Goldstream-Garden und am Sonnabend das 2. Bataillon der schottischen Garden in Gravesend eingeschifft. Ebenso gingen von Portsmouth, Dublin und anderen Garnisonen verschiedene Schwadronen Kavallerie und eine große Anzahl von Offizieren nach Ägypten ab. Auch hat bereits die Einschiffung der nach dem Sudan überordneten indischen Truppen begonnen. Letztere werden 3000 Kombattanten stark sein, allein mit dem Troß dürfte die Brigade 6000 Mann zählen.

Parlamentarisches.

Ueber die Stellung der preussischen Regierung zu dem Antrage des Freiherrn v. Quene, wonach der preussische Antheil an den Mehreinnahmen des Reiches durch die Kornzölle den Kommunen überwiesen werden soll, sind in parlamentarischen Kreisen allerlei Annahmen verbreitet. Die „Magd. Zeit.“ hört von bestinformirter Seite, daß die Regierung lediglich eine zuwartende Stellung einzunehmen beschloffen habe. Alles Uebrige verdient keinen Glauben. Herr v. Quene hat nun zu seinem Antrage folgende, denselben immerhin abschwächende Abänderungsanträge eingebracht: 1) Für den Fall, daß die Ueberweisung der unversetzten Beträge nicht thunlich erscheint, event. in § 1 in der vorletzten Zeile das Wort „unversetzt“ zu streichen und an dessen Stelle zu setzen „nach Abzug von x Prozent“. Die Einföhrung der Zahl der Prozente bleibt vorbehalten. 2) In § 2, Absatz 2, hinter „Westfalen“ einzuschreiben „Schleswig-Holstein, Hessen-Nassau“. 3) a. Prinzipiell den Absatz 1 im § 3 wie folgt zu fassen: „Als Vertheilungsmassstab für die nach § 1 zu überweisende Gesamtsumme an die einzelnen in § 2 angeführten Kommunalverbände geschieht derart, daß 2/3 der Summe nach dem Verhältniß der in den betreffenden Kommunalverbänden aufgeführten Grund- und Gebäudesteuer überwiegen, 1/3 der Summe nach dem Verhältniß der Einwohnerzahl der Kommunalverbände.“ — Uebrigens werden auch von anderen Seiten noch Anträge in der Kommission eingebracht werden.

Bekanntlich hatte der Abg. von Cynern den Antrag gestellt, daß die Staatsregierung im gesetzlichen Wege die Opfer ausgleichen möchte, welche den Steuerzahlern dadurch erwachsen, daß etwa 10 Millionen jährlich für die staatliche Polizeiverwaltung in einigen wenigen Städten aus der Staatskasse gezahlt werden. Die Gemeinde-Kommission des Abgeordnetenhauses faßte eine Resolution, welche eine stärkere Heranziehung der betreffenden Städte zu diesen Lasten bewirkt, und beauftragte den Abg. Barth-Naumburg mit der Abfassung des Berichts für das Plenum.

Ursprünglich wird geschrieben: „Nachdem die neueste Verfassungsvorlage die Zustimmung der Gesetzgebenden Faktoren gefunden hat, wird der durch die Verstaatlichung bedingte Nachtragsetat in den nächsten Tagen dem Abgeordnetenhaus zugehen. Dieser Etat wird der Natur der Sache nach wie in früheren Jahren kein Brutto-Etat mit Spezialstrich der Einnahmen und Ausgaben sein können, weil angesichts der durch die Verstaatlichung der Bahnen bedingten tiefgreifenden Aenderung die Kofstellung spezialisirter Voranschläge unthunlich ist. In den Etat wird vielmehr nur das auf Grund der bisherigen Spezialsetats der einzelnen Bahnen zu veranschlagende Netto-Ergebniß dieser Bahnen eingestellt. Außerdem wird sich im Nachtragsetat auch die Forderung für die Vermehrung der Polizeibeamten in Frankfurt a. M. befinden. Der Betrag für die letztgenannte Ausgabe dürfte sich auf ca. 20000 M. belaufen. Gleichzeitg mit dem Nachtragsetat steht wohl auch eine Vorlage betr. die Dotation der Hinterbliebenen des von den Anarchisten in Frankfurt a. M. ermordeten Polizeiraths Kumpff zu erwarten. Unter der Dotation ist die Fortgewährung des vollen Einkommens des Ermordeten an die Kinder zu verstehen.“

Parlamentsberichte.

Herrenhaus.

3. Sitzung, vom 25. Februar, 11 Uhr.
Am Ministerisch v. Buttler, Friedberg und Kommissarien.

Der Präsident theilt mit, daß das Mandat des Grafen zur Spitze als Mitglieds der Staatsschuldenkommission abgelaufen ist, und daß die Neuwahl an einem der nächsten Sitzungstage vorgefallen werden soll.

Graf zur Lippe: Sie haben mich mit Ihrem Vertrauen 15 Jahre lang beehrt. Das ist eine hübsche Reihe von Jahren; mit den Jahren wird man älter, und meine geistigen Kräfte reichen jetzt nicht mehr aus, um die Funktionen, die mir als Mitglied und besonders als Vorsitzender der Staatsschuldenkommission obliegen, weiter zu erfüllen. Ich muß Sie deshalb bitten, mich für die nächste Periode nicht wieder wählen zu wollen.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Entwurfs einer Kreisordnung und des Gesetzentwurfs, betr. die Einführung der Provinzialordnung für die Provinz Hessen-Nassau. Die zur Vorberatung eingesetzte besondere Kommission hat die vorgelegten Entwürfe im Wesentlichen unanändert mit 13 gegen 1 Stimme angenommen und nur bezüglich der Vertretung von Frankfurt a. M. Abänderungen vorgeschlagen. Danach hat die Provinz Hessen-Nassau einen mit den Rechten einer Korporation ausgestatteten Kommunalverband zur Selbstverwaltung seiner Angelegenheiten; innerhalb desselben bleiben die bisherigen Kommunalverbände der Regierungsbezirke Kassel und Wiesbaden bestehen; dem Regierungsbezirk Wiesbaden wird der Stadtkreis Frankfurt am Main einverleibt; der Provinziallandtag soll aus den Mitgliedern der Kommunalverbände bestehen, und seine Kompetenz einweisen auf folgende Punkte beschränkt werden:

- sein Gutachten abzugeben über die ihm von der Staatsregierung vorgelegten, die Provinz betreffenden Gesetzesentwürfe,
 - zu beschließen über den Vertheilungsmodus der Staatsprästationen, welche von der Provinz auszubringen sind,
 - die Wahlen zu den für Zwecke der allgemeinen Landesverwaltung angeordneten Behörden und Kommissionen zu vollziehen,
 - den Provinzialverband zu vertreten bezw. über Gegenstände zu beschließen, welche ihm durch Gesetze oder königliche Verordnungen oder durch übereinstimmenden Beschluß der beiden Bezirksverbände überwiesen werden.
- Von einer Generaldiskussion wird abgesehen und sogleich

in die Beratung des Art. 1 des Einführungsgesetzes zur Provinzialordnung eingetreten, zu welchem zwei Abänderungsanträge (Votichius und Graf Ratuschka) vorliegen.

Nach längerer Diskussion wird unter Ablehnung der Anträge Votichius und Graf Ratuschka Art. 1 des Entwurfs betreffend die Provinzialordnung fast einstimmig angenommen.

Hiernach wird in die Beratung des § 1 der Kreis-Ordnung eingetreten und zunächst die Neueinteilung der Kreise erörtert.

§ 1 wird mit einem Antrage des Fürsten Hsenburg angenommen, desgl. §§ 2-29 ohne Debatte.

§ 30 setzt fest, daß der Bezirk der königlichen Polizeiverwaltung zu Frankfurt am Main aus sämmtliche Gemeinden des Landkreises Frankfurt am Main ausgedehnt werden soll.

Der Polizei-Präsident zu Frankfurt am Main soll zugleich Landrath des Landkreises Frankfurt am Main sein unter event. Beordnung eines Hilfsbeamten.

Graf Pfeil beantragt, dem Landkreise Frankfurt seinen eigenen Landrath zu erhalten und zwar mit dem Sitze in Frankfurt. Man müsse sich hüten, anormale Verhältnisse, wie die Personalunion von Polizeipräsident und Landrath, in Frankfurt a. M. zu schaffen. Eine intensive und einheitliche Handhabung der Polizei in Frankfurt, womit die Staatsregierung diese Personalunion begründe, lasse sich auch durch Einvernehmen mit dem ebenfalls in Frankfurt stationirten Landrath erzielen. Die von der Staatsregierung beabsichtigte Verweisung der landrathlichen kommunalen Geschäfte an einen Hilfsarbeiter schlesse eine Art *capitis deminutio* des Frankfurter Landkreises in sich, da ein Hilfsarbeiter des Polizeipräsidenten niemals so intensiv die Interessen des Kreises als dessen selbstständiger Chef wahrnehmen und stets mit der Sehnsucht nach Erlangung einer anderweitigen selbstständigen Stellung erfüllt sein würde. In Breslau, einer an Einwohnerzahl Frankfurt weit überlegenen Stadt, habe man eine solche einheitliche Polizeiverwaltung nicht für nöthig gehalten.

Geheimrath v. Bitter hält das Beispiel Breslau für durchaus unzutreffend. Die beabsichtigte Personalunion sei nicht ohne Vorgang; in Koblenz verwalte der Polizeipräsident auch das Landrathamt des Landkreises Koblenz. Ähnliches sei in Marburg und Fulda der Fall. Die Bestimmung des Sitzes des Landrathes gehört nicht in das Gesetz, da sie in das Behördenorganisationsrecht der Krone übergehe.

Graf Pfeil schlägt nunmehr eine anderweitige Fassung seiner Amendements vor; die weitere Beratung des § 30 und der §§ 31-33 wird bis nach erfolgter Drucklegung und Vertheilung dieses Amendements ausgesetzt.

Die §§ 34-112 werden auf Antrag Brüning en bloc angenommen.

§ 113 wird in der Fassung der Vorlage wiederhergestellt. Der Rest des Gesetzes, §§ 114-121 der Kreisordnung, wird ohne Debatte angenommen.

Um 4 1/2 Uhr wird die Fortsetzung der Beratung auf Donnerstag 11 Uhr vertagt. Vorher kleinere Vorlagen.

Abgeordnetenhause.

27. Sitzung vom 25. Februar 1885, 11 Uhr.
Am Ministerisch v. Gofler und Kommissarien.

Eingegangen ist ein Antrag Stern auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung von Testamenten im Reichsgebiet der Stadt Frankfurt a. M.

Die zweite Beratung des Kultussetats wird fortgesetzt.

Bei der Position „Bisthum Köln“ erinnert

Abg. Biesendach daran, daß immer noch nicht der Erzbischof Meiers von Köln zurückberufen sei. Dadurch werden dauernd die heiligen Gefühle der Diözesanen verletzt. Wie das im Reichsstaat Preußen geschehen konnte, begreife wer kann. Die Waise, die uns getroffen, war tief in Gift getaucht. Wer den tieferreligiösen Charakter der Rheinländer kennt, versteht, was uns mit der Verbannung unseres Erzbischofs angethan worden. Die Novellen zur Kaiserregulierung haben allerdings manche Härten gelindert; aber diese Gesetze tragen doch nur den Charakter der Halbheit. Obwohl alle Parteien des Hauses den Kulturkampf perhorreskiren, wird er doch fortgesetzt. Von der Ministerbank hören wir schöne glatte Worte, aber die imponiren uns nicht. Ich lege von neuem Verwahrung dagegen ein, daß unsere vitalsten Interessen als Kompensationsobjekte in Steuer- und Wirtschaftssfragen benutzt werden. (Zustimmung im Centrum.) Ich bitte den Kultusminister: schlagen Sie endlich den Weg zum Frieden ein; benachrichtigen Sie das Volk: Ich will Frieden haben in meinem Volk!; geben Sie uns unseren hochwürdigen Erzbischof zurück! Die Jahre des Kulturkampfes haben unserem Vaterlande nicht zum Heile gereicht; die besten Kräfte, die beste Zeit der Parlamente werden in einem Kampfe vergeudet, der nichts als traurige Ruinen schaffen kann. Was kann gefährlicher sein, als in das Gebiet praktischer Politik theologische Kontroversen zu mischen? Ins Parlament gehören solche Kontroversen nicht. Wir wünschen die Rückkehr unseres Erzbischofs, nicht um eine Kraftprobe zu machen, nicht aus Kampfeslust oder zu politischen Zwecken, sondern weil wir unserem Erzbischof endlich anhängen, weil wir katholisch fühlen, denken und lieben. Das Band, das uns mit dem Erzbischof verbindet, ist unlöslich bis zum Grabe; Sie können unseren Bischof tödten, aber nicht ablegen. Das haben Sie versucht, aber nicht gekonnt. Als einst Friedrich dem Großen durch seinen Minister v. Schlabendorff gerathen wurde, den Bischof Grafen Schaffgotsch von seinen geistlichen Funktionen zu suspendiren, lehnte er es pure ab, da das wider alle Rechte der katholischen Religion laufe. 120 Jahre später hat man in politischer Leidenschaft entgegengehet gehandelt; aber Jörn ist ein schlechter Rathgeber, ein noch schlechterer Gesetzgeber. Von dem Augenblick aber an, wo der Staat, indem er einzelne Bischöfe zurücksetzt, sein Unrecht einräumt, hatte er die Pflicht, alle Bischöfe zurückzurufen oder zu amnestiren. Wenn man Unrecht gethan hat, so fordert die Gerechtigkeit, daß man restituirt. Das muß man im vorliegenden Fall um so mehr, als wir in einer Zeit leben, wo der Unglaube mehr und mehr um sich greift, wo die Sozialisten schon Fraktionen bilden, wo sie die kirchlichen Stühle in den Städten besetzt halten, wo der Staat in den großen Zentren nur durch Verhängung des Pelagerungsstandes seine Autorität schützen kann! Ist es in einer solchen Zeit angezeigt, einen Prälaten staatslichersseits zu belästigen, der nur seine Pflicht gethan, der in seiner Diözese über die Fragen legensreich gewirkt hat? Schützen Sie endlich, Herr Minister, unsere Religion, sowie es uns durch Königswort verheißten ist! Wählen Sie jetzt, Herr Minister, wie Sie sich entscheiden wollen! Wir bitten, aber wir revolutioniren nicht; wir bitten, aber wir fürchten uns auch nicht! (Lebhafte Beifall im Centrum.)

Die Position wird bewilligt.

Beim Bisthum Trier bespricht

Abg. Mosler die seelsorgerischen Verhältnisse in der Diözese Trier, welche trotz der Novellen zu den Kaiserregulierung noch ein äußerst trauriges Bild der Noth und Verwahrung bieten. Als die Regierung durch die Novelle von 1883 der Seelsorge abhelfen wollte, da erkannte selbst der national-liberale „Dannoversche Courier“ an, daß damit dem Centrum die beste Waffe aus der Hand genommen würde. Es sei aber noch nicht genug geschehen; denn es waren im Dezember v. J. noch etwa 110 Pfarren mit 81000 Seelen in der Diözese vakant. Redner beklagt sodann die auf Grund der Kaiserregulierung stattgehabte Maßregelung einzelner katholischer Geistlicher; insbesondere sei es aber bedauerlich, daß man diese

Geistlichen zum Theil nicht zurückrufen wolle. Die Studien den waren ja, da die theologischen Fakultäten in Preußen meist mit Ultrakatholiken besetzt waren, gezwungen, im Ausland zu studiren. Uebrigens könne ja der Minister aus der auch ihm nicht unbekanntem anonymen Broschüre erfahren, welche Wünsche die katholische Kirche bezüglich der Erziehung der Kleriker habe. Manche Geistlichen wurden auch nicht zurückberufen, weil sie maigeflegliche Strafen noch nicht verbüßt haben. So liege es besonders in dem Falle des Pfarrers Wehn, der vor 10 Jahren 8 Wochen Gefängniß wegen Begehens gegen die Kaiserregulierung abgelesen hat, und der man deshalb noch immer nicht in seine Pfarre wieder einführt. Das beweise keineswegs einen verächtlichen Geist auf Seiten der Regierung. Besonders die Frage der Erziehung der Kleriker müsse endlich befriedigend geregelt werden.

Minister v. Gofler: Was den Fall Wehn betrifft, so ist dieser Geistliche wegen thätlichen Widerstandes gegen Exekutivbeamte seinerzeit mit sechs und wegen Vergehens gegen die öffentliche Ordnung mit drei Monaten Gefängniß bestraft worden. Alle Behörden haben sich gegen eine Begnadigung ausgesprochen, weil der Herr die Grenzen des „naisiven Widerstandes“ weit überschritten hatte. Er ist übrigens nur aus den beiden Regierungsbezirken Wiesbaden und Koblenz ausgewiesen; und es würde nichts im Wege stehen, auch diese Maßregel aufzuheben, wenn er sich nur entschließen könnte, wenigstens einen Theil seiner Strafe abzugeben. Was die anonyme Broschüre betrifft, so gebe aus derselben deutlich hervor, daß das von ihrem Verfasser empfohlene Erziehungssystem für katholische Geistliche in Preußen niemals existirt hat. Trotzdem hat die katholische Kirche ohne ein solches Erziehungssystem in Preußen gelebt, ohne Klage zu führen. Es muß also eine kirchliche Erziehung möglich sein, ohne daß gerade das System hergestellt wird, welches die Broschüre empfiehlt.

Abg. Mosler wünscht die sofortige Begnadigung des Pfarrers Wehn und hält auch seine Behauptungen bezüglich der Broschüre aufrecht.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Es ist nicht richtig, daß die Grundsätze der Broschüre nie in Deutschland gegolten hätten. Wir bitten aber nur um Wiedereinführung in unseren alten Bestzustand, wie er vor dem Kulturkampf bestand; dann werden wir zufrieden sein. Die Erziehung des Klerus ist Sache der Kirche, und die Regierung hat sich nicht dazwischen zu mischen. Auch die Begnadigung des Pfarrers Wehn ist dringend erwünscht. Vergleichen Sie die heutigen Aeußerungen des Ministers mit dem, was er neulich in der Affaire Schwenninger gesagt hat! Lassen Sie darnach das Volk urtheilen, welche Gerechtigkeit, Würde und Moral bei der Regierung maßgebend ist! (Lebhafte Beifall links und im Centrum.)

Die Position wird bewilligt.

Die Forderung für einen (ultrakatholischen) Bischof im Am-

116a erklärt

Abg. Rintelen nicht bewilligen zu können, da der Bischof Reinkens nicht zur katholischen Kirche gehöre, daher die Forderung für ihn nicht unter der Rubrik „Katholische Geistliche“ Platz finden dürfe, wie es im vorliegenden Etat der Fall sei. An einer anderen Stelle des Etat würde man die Forderung bewilligen können. Die Ablehnung habe also mit der Frage der Toleranz und Intoleranz nichts zu thun. Die von Herrn Bischof vertretene individuelle Freiheit akzeptire er, aber Herr Bischof müsse dann auch dem Individuum die Freiheit lassen, mit anderen Individuen zu kirchlichen Gemeinschaften zusammenzutreten zum Zweck der freien Religionsübung.

Abg. v. Schorlemer-Mst: Die Position für den ultrakatholischen Bischof bitte ich abzulehnen, obwohl sich Rintelen bezüglich der Stellung der Position im Etat insofern geirrt hat, als sie nicht unter der Rubrik „Katholische Geistliche“ steht, sondern ein besonderes Kapitel für sich bildet.

Abg. v. Cynern schlägt vor, die Forderung ausdrücklich „für einen ultrakatholischen Bischof“ lauten zu lassen. Dann werde ja Abgeordneter Rintelen in die Lage kommen, dafür zu stimmen.

Abg. Cremer: Der Bischof Reinkens ist dem Volk nicht unterstellt, er ist kein katholischer Bischof; deshalb stimme ich als Katholik gegen die Position. Nur in einem starken Staat kann auch eine starke Kirche bestehen. Wie richtig dies ist, sehen Sie an den heutigen politischen Zuständen. Nur weil die dortige Regierung die Kirche unterdrückt, kommt man dort nicht zu geordneten Zuständen. Lernen Sie sich als Kinder desselben Landes endlich zu vertragen; reichen Sie sich endlich die Hände zu gemeinsamer Arbeit; dann wird auch die Kirche wieder zu Ehren kommen. (Beifall rechts.)

Abg. Stöder: Wir leiden in Deutschland unter dem Bestreben der Katholiken, die evangelische Religion zu unterdrücken. Das beweist z. B. die Mischehenfrage. (Sehr wahr rechts.) Vor Jahren sagte Windthorst: „Der Kulturkampf hat auf dem Schlachtfelde von Königgrätz begonnen.“ Hinter diesem Wort liegen die politischen Gründe des Herrn Windthorst für den Kulturkampf wahrscheinlich verborgen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Windthorst: Es ist kürzlich sei es no. vorgekommen, daß ein Hofprediger den Papst als Antichrist bezeichnet habe. Wie stellt sich hierzu Herr Stöder? Protestirt er nicht hiergegen von seinem Standpunkt der Toleranz. (Abg. Stöder: Habe ich gethan!) Das Recht der Ultrakatholiken, auf der römischen Kirche auszuscheiden, erkenne ich natürlich an; es ist nur unzulässig, daß sie immer noch behaupten, Katholiken zu sein, und die Rechte derselben in Anspruch nehmen. Deshalb können wir auch auf den Antrag Cynern nicht eingehen; es giebt keine alten und keine neuen Katholiken, sondern nur Katholiken; und mit denen haben die Herren, die sich Ultrakatholiken nennen, gar nichts zu thun. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Cynern: Der Staat habe die Konfessionen vorurtheillich anerkannt. Wenn man dagegen aufstre, sei man nicht berechtigt, noch von Toleranz zu reden; dann verlange man, daß der Staat sich in den Dienst der römischen Kirche stellen solle. Mit der Ablehnung dieser Position verlangt die Centrum die vollständige Unterwerfung des Staates unter die Herrschaft der römischen Kirche. (Lauter wiederholtes U. H. im Centrum, große Heiterkeit, Glucke des Präsidenten.) Die Bedeutung des Votums wird im Bande erkannt werden, und da der Abg. Windthorst das Centrum doch bestimmen will, entgegen der Anschauung Rintelens die Position abzulehnen, so ziehe ich meinen Antrag zurück. (Beifall links.)

Die Position wird gegen die Stimmen des Centrum und der Polen bewilligt.

Kapitel 117 (Provinzialschulkollegien) veranlaßt keine De-

bate.

Bei Kapitel 118 (Prüfungskommissionen) fragt Abg. Schmidt (Stettin), ob ein neues Prüfungsreglement pro facultate docendi für die Kandidaten des höheren Schulamts fertig gestellt sei.

Abg. Peters rügt verschiedene Mängel, die bei dem gegenwärtigen Prüfungsverfahren der katholischen Schulamtskandidaten hinsichtlich ihrer religiösen Vorbildung vorhanden seien.

Minister v. Gofler verspricht, den Wünschen des Redners entgegenzukommen. Das vom Abg. Schmidt berührte neue Prüfungsreglement sei wesentlich fertig gestellt und werde demnächst auch publizirt werden.

Die Position wird bewilligt.

Das folgende Kapitel (119) enthält die Forderungen für die Universitäten.

Bei Lit. 1 (Universität Königsberg) kommt

Abg. Reichensperger (Streffeld) auf seine früheren

Günther den Kaufpreis für das Buch zu holen; jedoch hatte diese es unterlassen, den nach einer andern Wohnung verzogenen Günther aufzusuchen. Im März v. J. wurde beim Ausgelagten wegen einer ausgefallenen Forderung des Schneiders Koch eine Zwangsvollstreckung bewilligt und u. a. Gegenständen auch das dem Wendel gehörende Buch mitgenommen. Der Angeklagte erhob darauf eine Klage, die er mit dem Namen des Wendel unterschrieb, gegen Koch auf Herausgabe des beschlagnahmten Buches und unterschrieb eine für den Rechtsanwalt Sachs ausgestellte Vollmacht mit dem Namen des Wendel. Im Laufe des Prozesses stellte sich nun heraus, daß Wendel gar nicht in Berlin, sondern in Marosko wohnt, und wurde in Folge dessen der Angeklagte in Untersuchungshaft genommen und gegen ihn die obige Klage erhoben. Der Angeklagte berief sich auf seinen guten Glauben und stellte unter Beweis, daß ihm die Auswanderung des Wendel nicht bekannt war und daß er zahlreiche Versuche zur Auffindung des Wendel gemacht habe. Der Staatsanwalt nahm Veranlassung, gegen das gemeingefährliche Winkelfolgententum zu Felde zu ziehen und beantragte 2 Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof erkannte aber auf Freisprechung des Angeklagten.

—y. Einige wenige sogenannte Schmugroffen, welche die Dienstmagd Marie Goldberger beim Einkauf von Cigaren für ihre Herrschaft zu machen wußte, sollten für sie verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen. Als ihre Herrschaft dahinter kam, daß sie zu neun verschiedenen Malen um je 5 Pf. übervortheilt worden war, machte sie der Staatsanwaltschaft Anzeige und diese erhob gegen das ungetreue Mädchen Anklage. Da letzteres bereits wegen Unterschlagung zwei Vorstrafen erlitten, so wußte es, daß der dritte Konflikt mit dem Strafgesetzbuch übel ausfallen würde und in ihrer Angst machte sie einige Tage vor dem Termine einen Selbstmordversuch durch Erhängen. Sie wurde noch rechtzeitig abgeknüpft. Gestern hatte die 89. Abtheilung des Schöffengerichts sich mit dieser Sache zu beschäftigen. Der Staatsanwalt wollte die Angeklagte mit einer Gefängnisstrafe von einem Jahre belegen, der Gerichtshof zog aber die anscheinend tiefe und aufrichtige Reue der Angeklagten, sowie die geringfügigkeit des Objekts mildernd in Betracht und erkannte nur auf drei Tage Gefängnis.

Die königliche Staatsanwaltschaft hat gegen das freisprechende Erkenntnis der IV. Strafkammer in Sachen des wegen Majestätsbeleidigung verfolgten Schriftstellers Dr. Jakob Nathanson (Richard Norton) die Revision beantragt.

Köln, 23. Februar. Kaufmann Karl Rogge stand heute vor dem Schwurgericht, angeklagt, den Hauptmann Hirsch gefordert und im Duell tödtlich verwundet zu haben. Es wurde nachgewiesen, daß der Geldbote sich in kompromittirender Weise um die Gunst der Ehefrau des Rogge beworben hatte und daß alle Versuche, ihn daran zu hindern, vergeblich gewesen waren. Der Schwurgerichtshof sprach hiernach den Angeklagten frei.

Frankfurt a. M., 23. Februar. Ueber eine heutige Verhandlung vor der I. Zivilkammer wird berichtet: Ein hiesiger Metzger hatte bei der Potsdamer Lebensversicherung sein Leben auf den Todesfall für 10000 M. versichert. Die fälligen Prämien wurden fast regelmäßig durch den Agenten bei dem Besicherten abgeholt, dabei jedoch niemals der im Statut zur Zahlung vorgesehene Termin eingehalten. Zum letzten Termin kam der Agent nicht, und nun schickte der Versicherte mehrere Wochen später das Geld hin. Da erfuhr er, daß die Gesellschaft wegen Nichterhaltung der Zahlungsfrist die Police für erloschen erklärt habe. Die Klage ging deshalb dahin, die Lebensversicherungsgesellschaft zu verurtheilen, anzuerkennen, daß die Police noch rechtskräftig fortbestehe. Es fand eine umfangreiche Beweisaufnahme statt, auf Grund dessen die Potsdamer Gesellschaft dem Klageantrag gemäß verurtheilt und das Urtheil für vorläufig vollstreckbar erklärt wurde. Das Urtheil stellte fest, daß allerdings dem Wortlaut der Statuten zuwider gehandelt worden sei und an und für sich dem Wortlaut derselben entsprechend, die Versicherung erloschen wäre; aber die Nichterhaltung der Zahlungsfrist könnte dem Kläger nicht zur Last gelegt werden, da unzweifelhaft festgestellt worden sei, daß das Verschulden durch die Agenten der Gesellschaft erfolgte; denn nicht bloß der jetzige, sondern auch der frühere Agent hätten seit Jahren die Prämie Wochen und Monate später erhoben. Wenn in dieser Beziehung fortgesetzt derartig von Seiten der Agenten verfahren werde, so könne keinem Besicherten zugemutet werden, daß er plötzlich der Statuten gedenke, hingegen und seine Prämie bringe; vielmehr sei der Versicherte durch die Art und Weise des Inlasses in den Glauben versetzt worden, daß er richtig handle; es hätte einer ganz bestimmten Mittheilung bedurft, daß es von jetzt ab nicht mehr so gehalten werde wie früher.

München, 20. Februar. Das hiesige Militärbezirksgericht hat soeben wieder zwei Urtheile gefällt, die vielfach Kopfschütteln hervorrufen dürften. Der Unteroffizier Förster des 13. Infanterie-Regiments war beschuldigt und überführt, den Rekruten Benner beim Exerziren tödtlich mißhandelt zu haben. Er hatte denselben z. B. an die Wand gedrückt, ihn mit dem Gewehrkolben auf den Ellbogen geschlagen, einen anderen Rekruten hatte er mit der Faust ins Gesicht geschlagen u. s. w. Gleichwohl nahmen die Militärgerichtswesen nur ein „Vergehen“ an, weshalb Förster mit der wüthigen Strafe von acht Tagen Mittelarrest davon kommt. Noch seltsamer berührt das zweite Urtheil. Der Unteroffizier Gangwols vom 2. Infanterie-Regiment hat einem Rekruten einen solchen Schlag auf das Ohr versetzt, daß das Trommelfell geplatzt ist und der mißhandelte arme Teufel noch heute an den Folgen des Schlags leidet.

auch wohl Zeit seines Lebens nicht vollständig wiederbekommen wird. Und das Urtheil für den Urheber dieser schweren Mißhandlung lautet: acht Tage Mittelarrest! Glaubt man auf solche Weise den Soldatenschildereien wirksam entgegenzutreten?

Vereine und Versammlungen.

1. Die Arbeitseinstellung in der Bauischlerei von Reumeter, Kleinberestraße 24 und Grimmstraße 7 ist am Dienstag Vormittag durch Vermittelung des Vertreters der Lohnkommission beigelegt, sämtliche 33 Tischler haben am selben Tage Mittags die Arbeit wieder aufgenommen. Den Tischlern wurden sämtliche Forderungen bewilligt. Die Arbeitseinstellung bei Hüppe, Brunnenstr. 106 geht weiter; die Bauarbeiten, welche dort gefertigt werden, stehen in den Lohnnormierungen in 20-25 pCt. unter dem Minimaltarif, es werden deshalb noch niedrigere Preise gezahlt, als in der in Bauischlerkreisen so bekannten Werkstatt von Schmidt, Gartenstraße. Bisher war eine Einigung mit dem Arbeitgeber nicht zu erzielen, weshalb die Kommission der Tischler die Kollegen ersucht jeden Zugang von der Werkstatt fern zu halten.

2. Die Arbeiterversammlung, welche am Dienstag, den 24. d., Abends, in „Sandsouci“, Kottbuserstraße, unter Vorsitz des Herrn Jäger, Arbeiter 2 a 3 e stattfand, war von etwa 1000 Personen besucht. Ueber den Arbeiterschutzgesetzentwurf, wie ihn die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages ausgearbeitet hat und der voraussichtlich in nächster Zeit zur Verathung kommen wird, referirte Herr Max Kreuz und erklärte sich mit den Grundzügen des beantragten Gesetzes einverstanden. Die Fixirung des Maximalarbeitstages auf 10 Stunden werde für einzelne Industrien, z. B. für die Metall-Industrie, nicht ausreichen, um die industrielle Reservearmee, die sog. Lazarettarmee, von der Landstraße verschwinden zu lassen; jedenfalls werde es in den kommenden Jahren bei der fortwährend zunehmenden Ausbreitung des Maschinenwesens, die immer mehr menschliche Arbeitskraft überflüssig mache, nothwendig werden, den Maximalarbeitstag auf acht Stunden festzusetzen. — Nach einer eingehenden Besprechung der Ausführungs-Vorstellungen des Entwurfs, weist Redner besonders auf die Wichtigkeit des § 154 hin, der den Arbeitern das freie und unbeschränkte Koalitionsrecht bei Lohnkämpfen (Streiks) bringen soll. Zum Schluß spricht sich der Referent nachdrücklich für eine internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung aus. — Der nächste Redner, Herr Drechsler Julius Müller kritisirte die vorläufige Stellung der Parteien zu dem Entwurf, von denen er sicher erwarre, daß sie denselben ablehnen würden. Jedemfalls hätten die Vertreter der Arbeiter im Reichstage durch die praktischen Vorschläge, die dieser Entwurf enthielt, bewiesen, daß sie allein gewillt und im Stande seien, wahrhaft soziale Reformen zu schaffen. — An der weiteren Diskussion theilnahmen sich die Herren Fischer, Michelsen, Quintern, John, Hildebrandt, Voss, der Referent und Herr Wöhring. Durch eine einstimmig angenommene Resolution wurde das Bureau von der Versammlung beauftragt, in nächster Zeit eine Versammlung mit derselben Tagesordnung einzuberufen. — Erwähnenswerth ist noch der Beweis, den Herr Wöhring für die Nothwendigkeit einer Arbeiterschutzgesetzgebung durch die Mittheilung von den Zuständen erbrachte, die in der Blechwaarenfabrik von Fabian, Gitschinerstraße 79, herrschen. Dort verdienen die Arbeiter bei einer täglichen zehnstündigen Arbeitszeit wöchentlich etwa 7-10 Mark und es besteht eine Fabrikordnung, nach der einem jeden, der 5 Minuten zu spät kommt, eine Stunde, und dem, der um eine Viertelstunde sich verspätet, ein Viertelstag Arbeitslohn abgezogen wird; das Unglaublichste aber ist, daß der Fabrikant in diesem Falle den Arbeitslohn pro Stunde mit 30 Pfg. (1) berechnet. — Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die am Dienstag, den 24. Februar, in Sandsouci versammelten Arbeiter erklären sich mit den Grundzügen des von den wahren Vertretern der Arbeiter im deutschen Reichstage eingebrachten Arbeiterschutzgesetzes einverstanden und sprechen den Wunsch aus, daß der Entwurf von Gesetz würde, da dieselben nur durch Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Besserung ihrer Nothlage erwarten.

3. Die öffentliche Versammlung der Bauanschläger Berlin, welche am 22. d. M. (v. Sonntag-Vormittag) unter dem Vorsitz der Herren A. Becker und Emil Richter in der Sebastianstraße 39 tagte und recht zahlreich besucht war, beschloß sich zunächst mit dem Thema: „Der Lohnstarif für das Jahr 1885. Der Referent Herr Baumgarten charakterisirte den zur Verlesung gebrachten Tarif dahin, daß die Kommission bei Ausarbeitung desselben den entsprechend revidirten vorjährigen Tarif zu Grunde gelegt habe und in dem neuen Tarif nun ein Preislounant vorliege, der, für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber gleich onnehmbar und zufriedenstellend, durchaus zur allgemeinen Durchführung zu bringen sei und gebracht werden könne. In dem neuen Tarif seien die Arbeitspreise nicht nur im Ganzen berechnet, sondern auch pro Stück und Theilverrichtung spezifizirt, d. h. also stückweise, nach Höhe, Länge, Breite u. normirt, je nachdem die Arbeiten in aufergehörlcher Weise vorzunehmen; es handle sich dabei somit um einen allgemeinen Tarif für die gewöhnlichen Arbeiten und um einen Spezialtarif für die besonderen, aufergewöhnlichen Arbeiten. Auch trage der (Stücklohn-) Tarif den Anforderungen der Arbeitgeber (Schlossermeister u. und „selbstständigen“ Bauanschläger) ebenso Rechnung, wie denen der

sogenannten „Helfer“, d. h. der von den „Selbstständigen“ (einer Art von Kolonnenführer oder Sub-Unternehmer) benannten Hilfsarbeiterkräfte. Letzteren solle besonders ein Spezialtarif über die Arbeitspreise, welche die Arbeiter an die „Selbstständigen“ zahlen, Ausklärung werden und sie vor allzu starker Ausnutzung durch An der anirirten Disziplin theilhaftigen sich hauptsächlich Herren Krause, Niemann und Drimann, ganz im Sinne Referenten. Auch erwähnten sie die Versammelten einberufen die Sonntagarbeit streng zu meiden und den Normalarbeitstag von 10 Stunden gewissenhaft einzuhalten. Hierauf wurde die Versammlung mit allen gegen eine Stimme folgende Resolution an: „Die heutige Versammlung der Berliner Bauanschläger erklärt sich mit dem Preislounant einverstanden und macht es sich jeder Bauanschläger zur Pflicht, nur nach demselben abzugeben Preisen Arbeiten zu übernehmen.“ Ueber den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Unfreie Bewegung in diesem Jahre“ referirte Herr Krause. Derselbe dachte zuerst der Einsetzung der Lohnkommission im vergangenen Jahre und der Resultate der Streikbewegung, die, dem Vernehmen zufolge, die waren, daß kaum ein Kollege darüber klagen konnte er habe die im vorjährigen Lohnstarif ausbedungenen Arbeitspreise nicht erzielt. Dann forderte er zu recht lebhafter Theilnahme an der bevorstehenden Lohnkampagne und an der sie willigen regelmäßigen Beisteuern zum Generalunterstützungsfonds, der unumgänglichen Bedingung einer erfolgreichen Bewegung, auf. Eine aus der Mitte der Versammlung hervorgegangene Resolution: „Die freiwilligen Unterstützungsbeiträge zum Generalfonds als Ehrensache zu erklären“, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. In seinem Schlußworte plaidirte der Referent für die thunlichste Ertreibung solcher Vereinbarungen mit den Meistern hinsichtlich der Lohnverhältnisse. Schließlich wurde noch Herr Annowski in die Lohnkommission gewählt.

4. Auch der neu konstituirte Fachverein der (Klein-)Fräser und Berufsgenossen hielt am vorigen Sonntag, den 22. d. M., bei Täg, Kopnickstraße 150, eine gut besuchte Versammlung ab, in der man über die nächsten Aufgaben des Vereins diskutirte. Dabei sprachen sich sämtliche Redner über die Nothwendigkeit aus, der neuen Organisation (dem Fachverein) die weiteste Ausdehnung über alle Berufsgruppen zu verschaffen und nicht eher zu ruhen, als bis letztere sich unabhänghlos der Organisation (dem Verein) beigetreten sind. Die Vorstandsmitglieder erneuerten ihr schon in der vorigen Versammlung abgegebenes Versprechen, auch ihrerseits das möglichste zur Wahrung und Förderung der Interessen aller Fachgenossen zu thun, wo möglich mit den Prinzipalen gemeinsam die Bekämpfung der zahlreichen Mißstände in allen einschlägigen Branchen zu legen, wenn nöthig aber, auch ohne die Unternehmer und wider ihren Willen. Die Versammlung beschloß, am 2. l. Mts. in demselben Lokale wieder eine Versammlung abzuhalten und zwar eine öffentliche Mitglieder-Versammlung mit Gästen aus den Kreisen des Berufs. Die Tagesordnung wird das hochwichtige Thema bilden: „Die stattfindenden Wohnverhältnisse der Berliner Block-, Waisen-, Journalisten- und Gattlerwaisensiedern.“ Ganz besonders sind zu dieser Versammlung alle Schneidemüller eingeladen.

Allen Mitgliedern der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Fabrik- und Handarbeiter d. G. (E. G.) Dresden, Verwaltungsstelle Berlin, sowie allen denen, welche genannter Kasse beizutreten wünschen, zur Nachricht, daß jeder Sonnabend Abend von 8-10 Uhr in folgenden Zahlstellen Beiträge entrichtet und Aufnahmen vollzogen werden können: 1. Brüderstraße 93 bei Heilgans; 2. Andreasstr. 3 bei Stange; 3. Köpenickerstraße 74 bei Kauna; 4. Adastr. 25 bei Herzog; 5. Köpenickerstraße 14 (Roabit) bei Ohst; 6. Weißensburgerstr. 7 bei Ray; 7. Schauerstraße 78, Ecke der Bogenstraße bei Müller; 8. Weinstr. 23 bei Debel; 9. Kaufmannstraße 52, Ecke der Silberstraße bei Riese; 10. Mariendorferstraße 11 bei Pfeiffer; 11. Magdeburgerstr. 16 bei Hildebrandt; 12. Auguststraße 10 bei Holz; 13. Kölnischen Fischmarkt 8 bei Schönberg.

Eine allgemeine Volksversammlung findet am Sonntag, den 1. März cr., Vormittags 10 Uhr, in der „Kasseler Ressource“, Köpenickerstraße Nr. 114, nahe der Zeilenerstraße, statt. Auf der Tagesordnung steht: „Zweck und Ziele der Arbeiterbewegung.“ Referent Herr Oscar Krohm. Alle Arbeiter und Handwerker sind herzlich eingeladen.

Vermischtes.

Sonderbare Registrierung. Am 13. November v. J. wurden in Kasan im Gebüch einer alten Frstungs-Kochin menschliche Knochen gefunden. Der Präfektordirektor des Stadtheils ersuchte, daß die Knochen der Erde übergeben würden. Ueber jegliche Verdringung muß aber in den hiesigen Hofregistern die gesetzlich vorgeschriebene Eintragung gemacht werden. Der „Wolhski Westnik“ erzählt, wie man sich mit dieser gesetzlichen Bestimmung angefaßt des absonderlichen Standes, dem Anseine nach orthodoxen Glaubens und unbekanntem Geschlechte. In der Rubrik: „Woran gestorben?“ heißt es: Im Gebüch gefunden. Unterzeichnet Priester K. und Diakon D.

Theater. Königliches Opernhaus. Heute: Der Trompeter von Säckingen.	Königliches Schauspielhaus. Heute: Alkibiades.	Deutsches Theater. Heute: Don Carlos.	Bellevalliance-Theater. Heute: Der Raub der Sabinerinnen.	Neues Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Heute: Gasparone.	Central-Theater: Alte Jakobstraße 30. Direktor: Ad. Ernst. Heute: Der Kaiser-König.	Residenz-Theater: Direktion Anton Anno. Heute: Zum 6. Male: Der Vergnügungszug. Hierauf: Die Schulkreiterin.	Walhalla-Operetten-Theater: Heute: Der Feldprediger.	Louisenstädtisches Theater: Heute: Aus dem Volke.	Ostend-Theater: Heute: Die zwei Waisen.	Wallner-Theater. Heute: Die Sorglosen.	Viktoria-Theater. Heute: Sulfurina.	Alhambra-Theater. Heute: Selbst ist der Mann, oder: Die Schlosser von Berlin.
--	--	---	---	---	--	---	--	---	---	--	---	---

Dem vernünftigen Benjamin
zu seinem heutigen Wigenfeste ein donnerndes Hoch, daß die ganze Blechbude wackelt. 400

Arbeitsmarkt.
Näherin zu wollenen Damen-Westen verlangt 401 Linke, Andreasstraße 38.
Einen Wickelmacher verlangt 895 Emil Schmidt, Marienburgerstraße 17, früher Taraschowsky-Weg.
Ramsells auf leichte Dollmans, einige auf Rumpfe, einige auf Garnitzen verlangt 235 Wernicke, Adalberstr. 75, III. 388
Allen Freunden und Gönnern, sowie einer geehrten Nachbarschaft empfehle mein 235
Del-, Licht- und Seifengeschäft,
sowie Bürsten, Besen und Geschirrhandlung, sämtliche Artikel zu den billigsten Preisen. Karl Rißner, 25. Doppelnerstraße 25.
Den Mitgliedern der
Central-Kranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter
der örtlichen Verwaltungsstelle Berlin G zur Nachricht: An Stelle des bisherigen Distriktsleiters Herrn Lorenz wurde Herr Bölle gewählt und befindet sich die Wohnung desselben Große Frankfurterstraße 129. 393 Der Bevollmächtigte.

Gewerkschaft der Maschinenbau-, Metall-Arbeiter und Berufsgenossen.
Auserordentliche
General-Versammlung
am Sonntag, den 1. März, Vorm. 9 1/2 Uhr, im Wedding-Park, Müllerstraße 178.
Tagesordnung:
1. Jahresbericht. 2. Antrag Nicolaus und Genossen betr. die Auflösung der Gewerkschaft und Anschluß an die Vereinigung deutscher Metallarbeiter.“ Der Vorstand.
Zur pünktlichen Besorgung des „Berliner Volksblatt“, sowie aller anderen Zeitungen ersucht sich die Expedition von
W. Schmidt,
Mantuffelstr. 108. 399
In Verlage von J. G. M. Dies erschien soeben:
Die Sozialdemokratie
vor dem
deutschen Reichstage.
Berathung der Denkschrift, betreffend die Erneuerung der Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin und Hamburg-Altona, am Sonnabend, den 31. Januar 1885. Nach dem amtlichen Stenogramm.
Preis 20 Pf.
Zu beziehen durch die Expedition Zimmerstr. 44.